

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hanfa 2447—51

Nr. 17

Hamburg, den 23. April 1920.

5. Jahrg.

Inhalt:

Die Überschätzung des amerikanischen Wettbewerbs	Seite 249
Die Unerfüllbarkeit der feindlichen Kohlenforderungen III	„ 251
Länder-Berichte:	
England	„ 253
Litauen und Polen	„ 254

Finnland	Seite 256
Mexiko	„ 258
Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Geld und Kapital	„ 261
Schifffahrt und Schiffbau	„ 263

Die Überschätzung des amerikanischen Wettbewerbs

Man steht in Deutschland — wie auch wohl sonst in Europa — im allgemeinen unter dem Eindruck, daß die Vereinigten Staaten das einzige Land sind, das aus dem Weltkriege einen bemerkenswerten, ja, einen ungeheuren Nutzen gezogen hat, und daß dies Land dank der Reichtümer, die ihm während der Kriegsjahre zugeflossen sind, fortan den Weltmarkt unumschränkt beherrschen und alle anderen Nationen von sich abhängig machen wird. Demgegenüber sei zunächst bemerkt, daß alle Nationen der Welt, ob kriegführend oder neutral, unter den Begleiterscheinungen des Krieges mehr oder weniger gelitten haben — auch Amerika —, und daß ferner auf die kriegführenden Nationen angewandt die Frage in richtiger Form nicht lautet: „Welche von ihnen hat am meisten gewonnen?“ sondern: „Welche hat am wenigsten verloren?“

Was uns in erster Linie zu dem Trugschluß verleitet, daß Amerika aus dem Kriege nur Vorteile gezogen habe, ist die unbestrittene Tatsache, daß jahrelang Gold dort hingeströmt ist und die europäischen Goldvorräte zum großen Teile dort aufgestapelt wurden, was namentlich durch den hohen Stand des Dollars zum Ausdruck kommt. Aber notgedrungen kann dies nur eine vorübergehende Erscheinung sein, denn in dem Maße, in dem der internationale Handel und Verkehr wieder in Fluß kommen, verteilen sich auch die Goldvorräte wieder. Daß die Vereinigten Staaten schon jetzt davon empfindlich berührt werden, ist daran zu sehen, daß man dort bereits Mittel vorschlägt, die weitere Goldausfuhr einzuschränken. Erhebliche Goldmengen sind nach Südamerika und dem Osten gewandert, und es wird behauptet, daß die Goldsendungen aus England, von denen in letzter Zeit gemeldet wurde, ihren Kreislauf von den Vereinigten Staaten über Südamerika und England gemacht haben. — Im „Engineering and Mining Journal“ wird festgestellt, daß trotz des amerikanischen Exportüberschusses von rund 4 Milliarden \$ ein beständiges Abströmen der Gold- und Silbervorräte zu verzeichnen ist. Während

des Jahres 1919 betrug die Goldausfuhr 291 Mill., die Silberausfuhr 150 Mill. \$. Dem „Commercial and Financial Chronicle“ zufolge wurden vom 1. 1. 20 bis zur zweiten Märzwoche fast 60 Mill. \$ Gold allein nach Argentinien verschifft. Dasselbe Blatt gibt die Goldreserven der „Federal Reserve Banks“ am 14. 3. 19 mit 2197 Mill. und am 12. 3. 20 mit 1936 Mill. \$ an bei progressivem Sinken von Monat zu Monat. Hinzu kommt, daß die eigene Goldproduktion den niedrigsten Stand seit 1896 erreicht hat. Während 1915 im Lande noch für 105 Mill. \$ Gold gewonnen wurde, beläuft sich die Produktion für das Jahr 1919 nur auf 58,4 Mill. (gegen 68,5 und 83,7 Mill. \$ 1918 bzw. 1917). Demgegenüber fallen die Goldsendungen, mit denen kürzlich England seiner Valuta aufgeholfen hat, nicht sehr ins Gewicht. Wie bisher in der englischen Presse gemeldet wurde, betrugen diese Zahlungen zweimal rund 9 Mill. \$.

Nach außen hin bewirkt der hohe Stand des Dollars aber, daß die Länder mit niedriger Valuta ihre Einkäufe in Amerika auf die allernotwendigsten Artikel beschränken müssen. Nun haben zwar die Vereinigten Staaten in Vermehrung der süd- und zentralamerikanischen Abnehmer sowie im Osten einigen Ersatz für diesen Ausfall gefunden, aber daß die Kriegsjahre genügt haben sollten, diese Länder dauernd an die Vereinigten Staaten zu fesseln, ist nicht ersichtlich, auch ist es ausgeschlossen, daß die nordamerikanische Industrie nach Wiederherstellung wenigstens annähernd normaler Valutaverhältnisse der Befriedigung der alten und der neuen Kundschaft gewachsen sein sollte, namentlich da diese Industrie selber zurzeit mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat und schon jetzt nicht den Anforderungen Südamerikas gerecht werden kann.

Die Gründe hierfür finden wir teils auf sozialem, teils auf verkehrswirtschaftlichem Gebiet. Im ersteren Falle sind sie durch den Krieg zwar nicht erzeugt, wohl aber beschleunigt; im zweiten sind sie eine unmittelbare Folge oder Begleiterscheinung des Krieges. Auf sozialpolitischem Gebiete

sind die Vereinigten Staaten mit den anderen Nationen in den Strudel der überall plötzlich mit voller Kraft auftretenden Arbeiterbewegung, gipfelnd in Sozialisierungsbestrebungen, hineingerissen. Hand in Hand mit diesen gehen die zahllosen Streiks, von denen namentlich die der Stahlarbeiter und der Kohlenbergleute der Industrie und dem ganzen Lande ungeheuren Schaden zugefügt haben. Der jetzt ausgebrochene allgemeine Eisenbahnerstreik ist auf demselben Boden gewachsen. — Auf dem Gebiete der Verkehrswirtschaft jedoch treten uns Erscheinungen entgegen, von denen man sagen möchte, daß sie uns zum Teil „anheimeln“, und hier zeigt der Dollar seine Kehrseite, nämlich seine Entwertung im eigenen Lande. Die Umstellung der Industrie auf den Kriegsbedarf und der übermäßige Export, namentlich auch von Lebensmitteln, hat eine Knappheit von manchen Gegenständen zur Folge, die zu einer noch dauernd steigenden Teuerung führte. Die Preise für Lebensmittel, Kleidung, Feuerung usw. haben eine nie vorher gesehene Höhe erreicht. In manchen anderen Artikeln wiederum kann der Bedarf nicht gedeckt werden, so z. B. in Papier, dessen Mangel auch in Amerika schon zu einer bedeutenden Einschränkung der Presse geführt hat. Auch, sei die in Amerika zurzeit herrschende Wohnungsnot erwähnt, die durch den Rückgang der Bautätigkeit während der Kriegsjahre hervorgerufen ist, und deren schneller Beseitigung jetzt die ungeheuer gestiegenen Baukosten im Wege stehen. Die Mieten sind derartig emporgeschnellt, daß man sich in New York gezwungen sah, wie bei uns, eine Steigerung derselben um mehr als 25 % gesetzlich zu untersagen.

Die Lohnerhöhungen können mit dem Wachsen der Unterhaltskosten nicht Schritt halten, und auch in Amerika leiden vornehmlich die Beamten und Angestellten unter nicht ausreichendem Einkommen. Im Lehrerberuf hat dies dahin geführt, daß in der Umgegend von New York ca. 1000 Schulen schließen mußten, und daß im Staate New York im ganzen mehr als 5000 Lehrerstellen vakant sind. Bei den amerikanischen Verhältnissen ist es ja dem Lehrer leicht, in der Industrie oder auf der Farm lohnendere Beschäftigung zu finden.

Eine andere Erscheinung, über die in der Industrie und auch in der Landwirtschaft geklagt wird, ist der Rückgang in der Leistung des einzelnen Arbeiters trotz der enorm gestiegenen Löhne. Dies fällt umsomehr ins Gewicht, als der Arbeitermangel (vgl. Nr. 5 v. 30. 1. 20) durch fortgesetzte Auswanderung und Ausfall der Einwanderung stetig im Wachsen begriffen ist. Diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß die Anbaufläche für Weizen sich um 20 % verringert hat.

Das Hauptschmerzkind sind aber die durch den Kriegsbetrieb in ihrem Zustand arg vernachlässigten Eisenbahnen und der Mangel an rollendem Material. — Am 1. 1. 18 wurde der Betrieb aller Bahnen mit einer Gesamtgleislänge von mehr als 400 000 km und einem an 2 Millionen zählenden Personalbestand als Kriegsmaßnahme von der Regierung übernommen. Wie aus sämtlichen amerikanischen Berichten, besonders auch aus den Ausführungen des Senators Kellogg vor dem Senat, hervorgeht, ist während des Krieges, namentlich aber nachdem die Regierung die Bahnen übernommen hatte, bei allen möglichen Experimenten die Instandhaltung der Bahnen, deren weiterer Ausbau und die Nachlieferung von rollendem Material in unverantwortlicher Weise vernachlässigt worden. So ist beispielsweise der Frachtverkehr von 1915—1919 jährlich um 14 % gestiegen, während er früher durchschnittlich nur einen Jahreszuwachs von 6 % erfuhr. Der letzteren Ziffer stand ein Zuwachs an Frachtwagen

von 3,6 % gegenüber, während der weit höheren ersten Zahl nur eine Zunahme von 1½ % entsprochen hat. Mit anderen Worten: Im Verhältnis zu dem Anwachsen des Frachtverkehrs hätten in den letzten 4 Jahren 700 000 neue Frachtwagen geliefert werden müssen, stattdessen sind nur 120 000 gebaut worden, und die dadurch bedingte Überlastung und Vernachlässigung des im Betrieb befindlichen Materials hat dies in einen jämmerlichen Zustand versetzt. Dasselbe gilt natürlich für Personenwagen und Lokomotiven. Von amerikanischen Fachleuten wird geschätzt, daß die Zurückführung des Bahnbetriebes in normale Verhältnisse die Lieferung von 600 000 Frachtwagen, 20 000 Personenwagen und 20 000 Lokomotiven erfordert unter einem Aufwand von 3000 Mill. \$. Für Erneuerung von Unterbau, Brücken, Schienen, Stationen, Signalvorrichtungen usw. wäre eine fast ebenso hohe Summe erforderlich, und dabei ist der sonst fortlaufenden, jetzt aber seit Jahren völlig unterbrochenen Ausdehnung des Bahnnetzes noch nicht Rechnung getragen. Tatsächlich weisen denn auch die Hauptindustrien in den Vereinigten Staaten, namentlich die Stahl- und die Kohlenindustrie, erhebliche Stockungen und Einschränkungen als Folge des Mangels an rollendem Material auf.

Das einzige für die damaligen Verhältnisse günstige Resultat, das im Regierungsbetrieb erzielt wurde, war eine größere Ausnutzung der Bahnen; demgegenüber steht die jetzt geradezu Verderben bringende Abnutzung des Materials und finanziell ein völliges Fiasko. Trotz andauernd höher geschraubter Personen- und Frachttarife stellte sich im Jahre 1918 ein Defizit von 215 Mill. \$ heraus, das im nächsten Jahre sogar auf 390 Mill. wuchs. Hauptgrund dafür waren die fortwährenden Lohnerhöhungen, die dazu oft in sehr unsachgemäßer Verteilung vorgenommen wurden. Am 1. 3. 20 sind die Bahnen jetzt in der defekten Verfassung den Privatgesellschaften wieder ausgehändigt worden. Von seiten der Regierung erhalten die Gesellschaften für die Zukunft eine Dividenden-Garantie von 5½ %, d. h. sie dürfen ihre Tarife so bemessen, daß ihnen ein Ertrag von 5½ % auf ihr Kapital gesichert werden soll. Die Regierung behält aber eine weit umfangreichere Kontrolle über die Bahnen als dies vor 1918 der Fall gewesen ist.

Wenn nun auch der Eisenbahnkalamität in absehbarer Zeit gesteuert werden könnte — und schnell kann dieser Prozeß sicher nicht vor sich gehen, denn z. B. war bis jetzt die größte Jahresleistung im Lokomotivbau 1800 Stück — so darf man doch nicht vergessen, daß auch Amerikas Beihilfe zu dem Bedarf der ganzen Welt, der durch die Zerstörungen im Kriege ganz erheblich gewachsen ist, sich nur in gewissen Grenzen bewegen kann. Vergleichen wir die Produktionsziffern einiger Hauptstoffe der Industrie für das letzte Vorkriegsjahr und 1919, so ergibt sich folgendes Bild:

	1913	1919	1918
Kohle.....	570 Mill. tons	544 Mill. tons	678 Mill. tons
Roheisen ...	30,9 „	28,4 „	38,8 „
Kupfer	1224 „ lbs	1278 „ lbs	1909 „ lbs

Diese Zahlen sprechen für sich, namentlich da bei dem Hauptprodukt, Kohle, von dem die gesamte Industrie abhängig ist, berücksichtigt werden muß, daß ein großer Teil der Förderung 1919 auf früher nicht vorhandenen Export entfällt. Das Jahr 1918 zeigt noch wie die Kriegsindustrie unter Hochdruck arbeitete, aber im übrigen deuten die Ziffern nicht darauf hin, daß Amerika jetzt die Nationen, die einstweilen vom Weltmarkt mehr oder weniger ausgeschaltet sind, ersetzen kann. Wenn die eine oder andere Industrie in Amerika einen mächtigen Auf-

schwung während der letzten Jahre genommen hat, wie z. B. die Automobilindustrie, so geschah dies gewöhnlich auf Kosten anderer Industriezweige. Ein kleines Beispiel bietet hierfür folgender Fall: Auf der Konferenz der „Dry Goods Association“ wurde kürzlich festgestellt, daß die Erzeugung der Webwarenindustrie auf ungefähr 60 % der normalen zurückgegangen ist. Außer auf reduzierte Arbeiterleistung und Arbeitszeit wurde dies darauf zurückgeführt, daß der große Verbrauch an Baumwolle für Autoreifen die zugänglichen Baumwollvorräte stark vermindert hat.

Für den amerikanischen Bürger hat der Krieg auch noch zur Folge gehabt, daß man ihn mit einer sehr komplizierten aber auch sehr fühlbaren Einkommensteuer beglückt hat. Daneben ist eine „excess profit tax“ eingeführt, die alle Geschäftsgewinne über 8 % trifft. Wieweit hierbei der Ausfall der Zinsen, die sich die Alliierten bekanntlich auf mehrere Jahre haben stunden lassen, eine Rolle spielt, soll dahingestellt sein. Der „Commercial and Financial Chronicle“ zeigt an Hand eines Beispiels, daß nach dieser Steuer eine Gesellschaft mit 400 000 \$ Nominalkapital, von denen aber nur 75 000 investiert sind, von ihrem Nettoeinkommen von 60 000 \$ nicht weniger als 23 280 \$ Abgaben zahlen mußte. Um bei dem neuen Steuersatz wieder eine Nettoeinnahme von 60 000 \$ zu erreichen, müßte diese Gesellschaft jetzt einen Gewinn von 104 000 \$ aufweisen. Die amerikanischen Geschäftsleute streben eine Abänderung dieses Steuergesetzes an mit dem Hinweis

darauf, daß bei Aufrechterhaltung einer solchen Steuer an ein Sinken der hohen Preise nicht zu denken ist!

Die verminderte Arbeiterleistung, der Arbeitermangel, der Mangel an rollendem Material, die Valutaschwierigkeiten und dergleichen mehr sind stark wirkende Hemmschuhe für zu große Ausdehnung von Amerikas Handel und Industrie, und gerade gegenwärtig übt noch die bevorstehende Präsidentenwahl auf den Gang der Geschäfte ihren Einfluß aus.

Es wäre auch angesichts dieser Lage in den Vereinigten Staaten töricht, große finanzielle Hilfe von dort als unsere Rettung zu erwarten, so sehr eine Hilfe zur Überbrückung des gegenwärtigen Rohstoffmangels natürlich nötig ist; aber sonst kann sie nur ein vorübergehend wirkendes Stimulans sein. Unser endgültiges Heil liegt in der intensiven Ausnutzung der in unserer Nation wohnenden Kräfte — der geistigen sowohl wie der körperlichen —, dann regelt sich die Valutafrage von selbst und wird das Gleichgewicht in der Weltwirtschaft, in der wir trotz allem Geschehenen ein Hauptfaktor bleiben, allmählich wieder eintreten, und nach allen Erfahrungen und Beobachtungen werden gerade die Vereinigten Staaten in erster Linie sich zu der Erkenntnis durchringen, daß die schnelle Erreichung dieses Gleichgewichts im gegenseitigen Interesse geboten ist.

Rud. Haefcke

Die Unerfüllbarkeit der feindlichen Kohlenforderungen III

In der feindlichen Presse ist versucht worden, den verhältnismäßig günstigen Stand der deutschen Braunkohlenerzeugung als Beweis für die Durchführbarkeit der feindlichen Kohlenforderungen anzusehen.

Für die deutsche Produktion an Braunkohle ist die erfreuliche und in der deutschen Industrie einzig dastehende Tatsache festzustellen, daß sie im Vergleich zur Friedenszeit zugenommen hat. Sie betrug im Jahre 1913 87 Mill. t, 1919 aber 6,8 Mill. t mehr, nämlich 93,8 Mill. t. Eine weitere Steigerung ist zu erwarten. Durch den Friedensvertrag sind uns zwar gewaltige, in der Erde ruhende Schätze an Braunkohle verloren gegangen. Jedoch die Förderung des hier allein in Betracht kommenden Posener Bezirks belief sich 1912 auf nur 0,0057 Mill. t. Im Machtbereich der Besatzungstruppen liegt allerdings der rheinische Braunkohlenbezirk mit 24,38 Mill. t. Förderung im Jahre 1919, nicht ganz ein Viertel der gesamten deutschen Förderung.

Die deutsche Ausfuhr an Braunkohle war vor dem Kriege verschwindend. Dagegen wurden im Frieden 7 Mill. t böhmische Braunkohle von Deutschland eingeführt. Da diese den doppelten Heizwert der deutschen hat, so muß sie mit 14 Mill. t der deutschen Förderung von 1913 zugeschlagen werden, wodurch sich die Gesamtmenge der damals der deutschen Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Braunkohle auf 101 Mill. t erhöht. Heute ist die Braunkohleneinfuhr aus Böhmen äußerst gering. Da sie überdies nur als Entgelt für Abgabe oberschlesischer Steinkohle hereinkommt, so bildet sie keinen Zuwachs an Brennstoff für die deutsche Volkswirtschaft.

Nach alledem kann Deutschland gegenwärtig, trotz gesteigerter Erzeugung, nicht so viel Braunkohle verbrauchen wie im Frieden. Damals verfügte es über 101 Mill. t, 1919 aber nur über 93,8 Mill. t.

Die geraubten Landesteile Deutschlands waren, ihrer Eigenart entsprechend, an dem Konsum von Braunkohle nur

unbedeutend beteiligt. Ihr Verlust stellt also keine in Frage kommende Entlastung des Verbrauchs dar. Dagegen hat der Krieg es mit sich gebracht, daß der Verbrauch an Braunkohle gewachsen ist. Die Erhöhung der Erzeugung in den Kriegsjahren ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sich aus Kriegsgründen gewisse Industrien (Stickstoff, Aluminium) in der Nähe der Braunkohlenlager niederließen. Diese Industrien arbeiten auch heute noch und nutzen die Braunkohlen-Energie an Ort und Stelle aus.

Die deutsche Erzeugung an Braunkohle ist also keineswegs geeignet, die durch den Mangel an Steinkohle entstandene Brennstoffnot zu lindern und dadurch eine Erfüllung der wahnsinnig hohen, feindlichen Kohlenforderungen eher möglich zu machen. Die Braunkohle findet schon jetzt, infolge der Kohlennot, vielfach eine Verwendung an ungeeigneten Orten, wodurch unrationell gewirtschaftet werden muß und Energie vergeudet wird. Da 3 Tonnen Rohbraunkohle nur 1 Tonne Steinkohle, dem Heizwert nach, ersetzen können und wenn man Braunkohlenbriketts verwendet, gar 4 Tonnen auf 1 Tonne Steinkohle gehen, so schrumpft die uns zur Verfügung stehende Förderung von Braunkohle rasch zusammen, im Falle, daß sie anstelle von Steinkohle tritt.

Es ist also nichts mit dem feindlichen Hinweis auf die deutsche Braunkohlenerzeugung und ihr leichtes Anschwellen in den Kriegsjahren.

Auch auf andere Weise ist eine wesentliche Erleichterung des deutschen Kohlenverbrauchs, der uns instand setzte, den Tribut an die Feinde zu entrichten, in absehbarer Zeit nicht zu erreichen. Gewiß ist es ein erstrebenswertes Ziel, die Kohle besser auszunutzen, durch Umwandlung an der Grube in Elektrizität und durch Vergasung. Aber solche Umstellung der Wirtschaft erfordert Zeit und Kraft und verursacht Kosten; gerade beim gegenwärtigen Zustand unseres Wirtschaftslebens stehen ihr die größten Schwierigkeiten

im Wege. Ähnlich verhält es sich mit der besseren Ausnutzung der Wasserkräfte zur Gewinnung von Energie. Voraussetzung solcher großzügigen Anbahnungen und wirtschaftlicher Neuorganisation wäre, daß die Feinde uns nicht nur zu Atem kommen ließen, sondern nachhaltig unterstützten. So lange sie sich nicht dazu verstehen können, muß Deutschland froh sein, wenn es von einem Tag zum andern das nackte Leben zu fristen vermag. Es geht von der Hand in den Mund — die Sorge um die Notdurft nimmt alle Gedanken und alle Kräfte für sich in Anspruch.

Um den feindlichen Kohlenforderungen nachzukommen, müßte Deutschland, auch wenn es Oberschlesien behielte, zu umfangreicher Kohleneinfuhr übergehen. Nun ist dieser Gedanke schon an sich unerträglich: Daß Deutschland die eigene Kohle seinen Peinigern ausliefern und hinsichtlich seines eigenen Verbrauchs vom Auslande abhängig sein sollte! Er ist aber auch undurchführbar. Welcher Staat fände sich wohl, der Deutschland in hinreichender Menge Kohle abgäbe, in einer Zeit allgemeiner Kohlenknappheit? Der Stand der Valuta erlaubt Deutschland auch derartig umfangreiche Käufe gar nicht. Im Gegenteil muß Deutschland, trotz seiner Kohlennot, an das neutrale Ausland Kohle ausführen, um dafür Lebensmittel und Bekleidung einzutauschen, auf diese Weise solche Bezüge erst möglich zu machen und die Valuta zu entlasten.

Hier und da beginnt es im feindlichen Ausland zu dämmern. Einer der ersten, der erkannt hat, daß die Versailler Gewaltforderungen nicht im wohlverstandenen englischen Interesse liegen, ist der durch sein Buch über den Friedensvertrag bekannt gewordene Cambridger Professor Keynes. Obwohl er sich, gutgläubig, in das Gewand des „Europäers“ hüllt, wird man nicht felligehen, wenn man vor allem den Engländer aus all seinen Ausführungen heraushört. Das hindert nicht, daß seine Kritik des Friedensvertrages und seine Änderungsvorschläge zu einem sehr großen Teile mit den Interessen des Kontinents und Deutschlands, ja, um im Stile des feindlichen Bundes zu reden, der Menschheit, übereinstimmen.

Auch Keynes weist die Undurchführbarkeit der feindlichen Kohlenforderungen nach. Den deutschen notwendigen Verbrauch an Steinkohle gibt er auf 110 Mill. t an, die deutsche Jahresförderung an Steinkohle dagegen, nach Abrechnung von Elsaß-Lothringen, Saargebiet und Oberschlesien und unter Berücksichtigung der namentlich infolge der Hungerblockade gesunkenen Leistungsfähigkeit des deutschen Bergarbeiters und Bergbaus, schätzt er auf 100 Mill. t, so daß ein Minus von 10 Mill. t vorhanden und an Lieferungen an die Feinde gar nicht zu denken wäre. Wir haben früher („W.-D.“ Nr. 16) gesehen, daß die deutsche Förderung 1919 (einschließlich Oberschlesiens!) tatsächlich geringer war, als die von Keynes nach Abrechnung Oberschlesiens angenommene Zahl. Immerhin ist bemerkenswert, daß auch Keynes ein Minus herausrechnet, wenn auch ein geringeres als das von uns angegebene.

Die Abänderungsvorschläge des Engländers Keynes zeigen deutlich, in welchem Wolkenkuckucksheim sich diejenigen befinden, die an die Durchführbarkeit der Kohlenforderungen glauben. Nachdem Keynes erklärt hat, daß für jede Million Tonnen Kohle, die Deutschland auszuführen gezwungen ist, ein ganzer deutscher Industriezweig lahmgelegt werden muß, nachdem er die Kohlenbedingungen mit wissenschaftlichem Ernst geprüft, dann mit Spott und Hohn geißelt hat, verlangt er nicht weniger als daß die Feinde ihre Ansprüche auf Kohlenlieferungen vollständig aufgeben. Mit einer Ausnahme. Nur was den „Schadenersatz“ für die zerstörten Gruben von Nordfrankreich und Pas de Calais anbetrifft, sollen die diesbezüglichen Be-

stimmungen des Friedensvertrages in Kraft bleiben. Keynes entgeht dabei die von uns festgestellte Ungerechtigkeit („W.-D.“ Nr. 12/13 v. 26. 3.), die darin liegt, daß der Unterschied zwischen der Friedensproduktion dieser Gruben und ihrer jetzigen Produktion ersetzt werden soll, ohne daß die allgemein zu einem Rückgang der Kohlenförderung in Frankreich führenden Faktoren dabei berücksichtigt und in Abzug gebracht sind.

Von großer Wichtigkeit ist das Verlangen Keynes, daß auch die Ersatzpflicht für die ausfallende Förderung der zerstörten französischen Gruben wegfällt, falls die endgültige Regelung der Zugehörigkeit Oberschlesiens einer Abtrennung dieses Gebietes von Deutschland gleichkommt.

Die Saargruben und das ganze Saargebiet sind nach den Abänderungsvorschlägen von Keynes nach 10 Jahren ohne Zahlung dafür und bedingungslos an Deutschland zurückzugeben. Bis dahin soll Frankreich die Saargruben zur Ausnutzung behalten, Deutschland keine Entschädigung dafür bekommen. Auch eine solche Regelung würde Frankreich mehr begünstigen als der Gerechtigkeit und einer vernünftigen Betrachtung der europäischen Lage entspräche, sie würde aber immerhin einen nicht unerheblichen Fortschritt gegenüber den vom Geist des Hasses und der Ausbeutung diktierten Vorschriften des Versailler Vertrages darstellen.

Weiter soll Frankreich nach der von Keynes vorgeschlagenen Revision eine Verpflichtung eingehen, 10 Jahre lang das Deutsche Reich mit mindestens 50 % der Menge lothringischer Eisenerze zu versorgen, die vor dem Kriege aus dem deutschen Lothringen nach dem übrigen Deutschland gingen. Als Gegenleistung soll Deutschland nach Lothringen Kohlen abführen in Höhe der Gesamtmenge, die früher aus dem übrigen Deutschland (ohne das Saargebiet) in das von Frankreich annektierte Lothringen ging.

Würden die Vorschläge von Keynes angenommen und der Friedensvertrag demgemäß geändert, so bestände einige Aussicht, daß die Lieferungsansprüche der Feinde ihren utopischen Charakter verlieren und auf den Boden der Wirklichkeit zurückgeführt würden.

Deutschland aber sollte nicht unterlassen, mit größtem Nachdruck und immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Friedensvertrag (Anlage 4 von Teil VIII, § 4) folgenden Absatz enthält: „Bei seiner Entscheidung trägt der (Wiedergutmachungs-) Ausschuß den inneren Bedürfnissen Deutschlands soweit Rechnung, wie es zur Aufrechterhaltung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens Deutschlands notwendig ist. Er berücksichtigt ferner die Preise und die Zeiten, zu denen gleiche Gegenstände in den verbündeten und gesellten Ländern erhältlich sind und vergleicht sie mit denen, die für deutsche Gegenstände gelten sollen. Er berücksichtigt schließlich das allgemeine Interesse der verbündeten und gesellten Regierungen daran, daß das gewerbliche Leben Deutschlands nicht so weit zerrüttet wird, um seine Fähigkeit, den andern Wiedergutmachungsverpflichtungen zu genügen, in Frage zu stellen.“

Die Sätze beziehen sich zwar unmittelbar nicht auf die Kohlenforderungen, sondern auf Lieferungen von Tieren und Fabrikaten, die Deutschland gemäß von den einzelnen Mächten noch einzureichenden Verzeichnissen für den Wiederaufbau der vom Krieg überzogenen Gebiete ausführen soll. Wir haben aber ein Recht, zu verlangen, daß sie auf den ganzen Friedensvertrag Anwendung finden, denn, falls sie nicht allgemein gelten, verlieren sie jeden Sinn. Was die Kohlenlieferungen anbetrifft, so ist besonders auf die (von uns gesperrte)

Stelle hinzuweisen, die die Preisfrage regelt. Wir haben früher ausgeführt („W.-D.“, Nr. 11 vom 12. 3. 20), daß die Anrechnung des Kohlentributs zu niedrigeren Preisen als den im Ausland gezahlten ein schreiendes Unrecht darstellt. Zwischen dieser Bestimmung und dem obigen Leitsatz klappt ein augenfälliger Widerspruch. Es braucht auch nicht mehr bewiesen zu werden, daß die Aufrechterhaltung des deutschen gewerblichen Lebens mit den geforderten Kohlenlieferungen unvereinbar ist.

In § 10 der Anlage V von Teil VIII heißt es nun noch: „Wenn der Ausschuß sich dahin schlüssig wird, daß die vollständige Erfüllung der Anforderungen die deutschen

eigenen gewerblichen Bedürfnisse übermäßig beeinträchtigen würde, so kann er Fristen für diese Anforderungen bewilligen oder sie völlig streichen.“ Dieser Satz bietet den verbündeten und gesellten Mächten eine Handhabe, um selbst noch im Rahmen dieses Friedensvertrages zur Vernunft zurückzukehren. Hoffen wir, daß sie nicht allzuspät zu der Einsicht kommen, die einer der ihren, der Engländer Keynes, von Anfang an hatte. Es ist hohe Zeit, daß sie „sich schlüssig werden“ und die Forderungen „völlig streichen“.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

England

Wirtschaftliche Quartals- und Jahresübersichten

Seit einem Vierteljahr erscheinen die englischen Außenhandelszahlen in neuer Gestalt. Die Zahl der gesondert aufgeführten Waren ist erheblich vermehrt worden, insbesondere die Zahl der unter Nahrungsmittel, Seide und Kautschuk aufgeführten Posten. Einige Rubriken wiederum werden nicht mehr geführt, so werden „Neue Schiffe“ mit unter Fahrzeugen aufgezählt. Ferner ist es von Wichtigkeit zu wissen, daß für die Warendeclaration dem Importeur 14 Arbeitstage nach Ankunft offenstehen, dem Exporteur 6 nach Ausfuhr, so daß die vorläufigen Monatsergebnisse vielleicht mehr wie früher nachträglichen Revisionen und Wandlungen unterliegen.

Die Außenhandelszahlen für die ersten drei Monate lauten in Mill. £:

		Einfuhr	Gesamt- ausfuhr	Wieder- ausfuhr	Britische Ausfuhr	Einfuhr- überschuß
Januar	1919	134,55	51,90	4,56	47,34	82,65
"	1920	183,50	131,34	25,46	105,88	52,16
Februar	1919	106,64	52,03	8,12	48,91	54,61
"	1920	170,51	108,57	22,60	85,96	61,94
März	1919	105,76	53,11	8,95	44,16	52,65
"	1920	176,65	103,70	27,03	76,67	72,95
1. Viertelj.	1919	346,95	165,99	18,62	147,41	180,96
"	1920	530,57	370,64	75,09	295,54	159,93

Die Addition der einzelnen Monate stimmt nicht ganz mit den Zahlen der letzten beiden Zeilen überein, es mag dies an den oben angegebenen Ungenauigkeiten liegen, oder andere Gründe haben, jedenfalls vermögen wir nicht, das der „Times“ entnommene Material genauer nachzuprüfen. Man ersieht aus diesen Zahlen, besonders wenn man sie mit dem Vorjahr vergleicht, ein stetiges Anwachsen der Einfuhrwerte und ein ebenso stetiges Sinken der Ausfuhrziffer, daher schließlich auch ein Anwachsen des Passivsaldos der Handelsbilanz, das an sich für die künftige Gestaltung der Devisen London keine günstige Prognose gestattet. Nach den (revidierten?) Vierteljahrsziffern des Außenhandels bleibt dieser Passivsaldo gleichwohl noch erheblich hinter dem Vorjahr zurück, bei Addition der einzelnen Monate indessen beträgt die Differenz zwischen 1919 und 1920 kaum 3 Mill. £. Die Entwicklungstendenz ist jedenfalls in diesem Jahre auf schnelle Steigerung des Passivsaldos gerichtet, während Anfang vorigen Jahres genau umgekehrt eine stete Minderung eintrat. Die Erhöhung der Einfuhr ist zweifellos zum Teil auf erhöhte Mengen (Ochsenfleisch, Käse, Weizen, besonders auch Baumwolle und Flachs, Petroleum, Tee, Weine und Wolle) zurückzuführen, denn nur wenige Produkte, vor allem Zucker und Tabak, weisen erhebliche Rückgänge auf. In der Hauptsache wird aber die in allen Teilen der Welt herrschende

Teuerung bzw. Geldentwertung für einen erheblichen Teil der Zunahme des Außenhandels verantwortlich zu machen sein. Die Größe dieser Teuerung im Einzelfalle ist schwer nachzuweisen. Bei einfacher Division von Mengen und Werten werden die Qualitätsunterschiede nicht berücksichtigt. Dagegen geben die Indexzahlen des „Economist“, wenigstens für England bekanntlich einen Anhalt für die Teuerung.

Diese Zahlen, die der Vollständigkeit halber auch für das Jahr 1919 wiedergegeben sein mögen, zeigen weitere Preissteigerungen von fast 190 Punkten im letzten Monat und fast 1000 Punkten im letzten Vierteljahr an.

	Getreide u. Futter- mittel	Andere Nahrungs- mittel	Textilien	Mineralien	Ver- schiedenes	Insgesamt	Steigerg. in % bez. Durchsch. 1901-5
Durchsch. d. J. 1901-5	500	300	500	400	500	2200	100,0
Ende Juli 14..	579	352	616½	1464½	553	2565	116,6
" Dez. 18..	1303	782½	1805½	866	1337	6094	277,0
" März 19..	1285	782½	1502	844½	1294	5708	259,4
" Juni 19..	1338	800	1741½	937	1371½	6188	281,3
" Sept. 19..	1399	817½	1979½	1047	1344	6587	299,4
" Dez. 19..	1441½	881½	2442½	1145	1453½	7364	334,7
" Jan. 20..	1461	857½	2702½	1211½	1535½	7768	353,1
" Febr. 20..	1454	886½	2951½	1253½	1614½	8160	370,9
" März 20..	1508	914	2974½	1246	1709½	8352	379,6

Obschon alle Rubriken mit Ausnahme der der Mineralien — jetzt erst macht sich die Überfüllung der Weltmärkte und Weltlager auf diesem Gebiete geltend — Preissteigerungen aufweisen, haben sie nicht alle Produkte gleichmäßig ergriffen. Gerste und Hafer, auch Reis würden in der ersten Kolonne einen Preisnachlaß aufweisen, wenn er nicht durch eine erneute Preisfestsetzung für Brotgetreide mehr als ausgeglichen wäre. In der zweiten Kolonne ist die Preissteigerung wesentlich auf Zucker zurückzuführen, der immer noch sehr knapp ist, während Tee im Überfluß vorhanden ist und erheblich im Preis nachläßt; dagegen waren Textilien, insbesondere Baumwolle, Seide, Hanf und Jute schwächer und nur Wolle fest; die Nachfrage nach Wollwaren ist so groß, daß englische Webereien sich genötigt gesehen haben sollen, Aufträge nach Deutschland zu vergeben, um ihrer Kundschaft gerecht werden zu können. Bedenken wir, daß auch für die Gruppe Mineralien infolge der neuerdings eintretenden Preissteigerung der Kohlen, die durch die Lohnerhöhung der Bergarbeiter bedingt ist, eine Verteuerung erfolgen muß, so ergibt sich daraus per saldo eine weitere Preissteigerung auf allen Gebieten des täglichen Lebens. Nach den Zusammenstellungen der „Labour Gazette“ beträgt diese für das Jahr 1919 im gesamten Vereinigten Königreich, verglichen mit dem Warenpreisstand im Juli 1914, weit über 100 %, wie aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich ist.

Tenerung gegenüber 1914 in %:

	Nahrungs- mittel	Gesamtlebens- haltung
1. Januar 1919	130	120
1. Juni 1919	104	105
1. Januar 1920	136	125

Endlich seien noch einige Zahlen über den Geld- und Kapitalmarkt für das Jahr 1919 nachgetragen, deren rechtzeitige Veröffentlichung aus technischen Gründen noch nicht möglich war. Die nachstehende Tabelle zeigt die ungeheure Summe, die im Laufe des Jahres 1919 durch das Londoner Clearinghouse bewältigt worden ist (in Mill. £):

	1919	1918	plus od. minus
Town Clearing	23 215	17 032	+ 6183
Metropolitan Clearing....	1 814	1 430	+ 384
Country Check Clearing..	3 387	2 736	+ 651
Gesamtsumme	28 415	21 198	+ 7218

Das Anwachsen dieser Zahlen beruht naturgemäß auf dem erhöhten Preisniveau, das größere Zahlungen, größere Kreditinanspruchnahme zur Folge hatte; ferner auf der Wiederbelebung der Börse, auf den Umsätzen der Regierung usw. Dagegen blieb die Summe der Gelder, die auf dem Kapitalmarkt im Jahre 1919 aufgebracht worden sind, hinter der der Vorjahre zurück, die bekanntlich durch die Kriegsfinanzierung außerordentlich angeschwollene Zahlen aufweisen.

Emissionen in Mill. £:

1904	123	1910	267	1916	585
1905	167	1911	192	1917	1319
1906	120	1912	211	1918	1393
1907	124	1913	197	1919	1036
1908	192	1914	513		
1909	182	1915	685		

Auch das Jahr 1919 ist von dieser Inflation nicht freigeblieben, wie schon mehrfach betont, und wie jede Statistik, gleichgültig welches Gebiet des Wirtschaftslebens sie betrifft, immer von neuem vor Augen führt. Trotzdem zeigt die nachfolgende Zusammenstellung, daß der Weg der Besserung beschritten ist, und daß, abgesehen von der allgemeinen Verminderung der Gesamtsumme, auch eine produktivere Verwendung der aufgebrachten Kapitalien Platz gegriffen hat. Vor allem ging die Inanspruchnahme des Geldmarkts durch die Regierung erheblich zurück, doch ist zu beachten, daß die Geldaufnahme in Form von kurzfristigen Anleihen (Ways & Means Advances und Treasury Bills) in diesen Zahlen nicht enthalten ist. Auf der andern Seite ist die Zahl der Erwerbsunternehmen, die Geld auf dem Kapitalmarkt suchten und fanden, und der auswärtigen Darlehensnehmer trotz der erst im Laufe des Jahres abgebauten Beschränkungen des Kapitalmarktes ganz erheblich gestiegen, und zwar besonders im letzten Vierteljahr.

Verteilung des aufgenommenen Kapitals auf Staat, Erwerbszweige usw. (Beträge in Mill. £):

	1918	1919		1918	1919
Brit. Reg.-Anl.	1341,14	824,64	Kautschukges. ...	—	2,47
Kol. Reg.-Anl.	4,75	13,01	Petroleum	1,73	15,85
Ansl. Reg.-Anl.	0,63	1,77	Eisen, Kohle, Stahl,		
Engl. Ges. usw.	0,99	2,87	Maschinenbau ..	11,52	16,27
Kol. Eisenbahn.	1,00	—	Elektr. Licht und		
Fremdeisenb.	0,82	—	Kraft, Telegr. ..	2,11	9,29
Bergwerke ...	0,30	7,32	Straßenbahnen,		
Trust- und Fi-			Omnibus	0,12	0,20
nanzier.-Ges.	—	7,87	Motorbau u. betr.	0,66	14,21
Im- u. Export-			Gas- u. Wasserwrk.	0,50	0,12
unternehm. ...	—	1,10	Hotels, Theat. usw.	—	3,58
Industrie	4,26	26,82	Hafen, Schiffs- u.		
Handels- u. Lag.			anlagen usw. ...	0,12	5,27
hausuntern. ...	—	6,87	Banken u. Versich.	2,81	31,86
Landgesellsch.	—	3,22	Verschiedenes ...	4,41	40,19

Auf Einzelheiten in diesem Zusammenhang einzugehen, würde zu weit führen; es ist aber von Interesse, der Ausdehnungstendenz der englischen Industrie, wie sie aus diesen Zahlen hervorgeht, die Gewinnergebnisse der englischen Aktiengesellschaften, wie sie der „Economist“ regelmäßig bringt, gegenüberzustellen. Nachstehende Tabelle zeigt in der ersten Rubrik die Gesamtkapitalien der Gesellschaften, die in den genannten Quartalen ihre Geschäftsberichte veröffentlichten oder doch dem „Economist“ einsandten; dabei ist unter Gesamtkapital das in Form von Stamm- oder Vorzugsaktien tatsächlich eingezahlte Kapital zu verstehen; die zweite Rubrik bedarf keiner Erläuterung; bei der dritten sind stille Reserven, die gar nicht in den Berichten erscheinen, in den Zahlen natürlich nicht mit enthalten.

		Gesamtkapit. d. Berichte ein- reichend. Ges. in 1000 £	Reingewinn i. 1000 £	i. % d. Kapit.	Reservestellungen i. 1000 £	i. % d. Kapit.
1. Vierteljahr	{	1919 308 152	5 289	11,4	12 407	4,0
		1918 222 111	27 319	12,3	8 885	4,0
2. Vierteljahr	{	1919 210 814	29 874	14,2	8 720	4,2
		1918 213 741	26 431	12,4	8 231	3,9
3. Vierteljahr	{	1919 135 454	16 893	12,5	5 017	3,7
		1918 195 075	21 770	11,2	8 845	4,5
4. Vierteljahr	{	1919 144 292	22 661	15,6	8 590	5,9
		1918 184 648	22 092	12,0	8 324	4,6
Jahressumme	{	1919 798 711	104 668	13,0	34 734	4,4
		1918 815 575	97 612	12,0	34 285	4,3

Die Zahlen sind insofern interessant, als sie für das Jahr 1919 zwar stärkere Schwankungen in den Einzelquartalen aufweisen, im Gesamtergebnis jedoch bedeutend besser sind als im Vorjahr, sowohl nach den Reservestellungen wie nach den ausgeschütteten Gewinnen. Dabei macht sich naturgemäß der Abbau der Kriegsgewinnsteuer schon fühlbar.

Dr. Th. Plant

Litauen und Polen

Wirtschaftliche Nöte und verfahrenere Politik
— Der polnische Zollkrieg mit Deutschland

Die Schaffung eines litauischen Staates war so lange aussichtsreich, wie Litauen auf wirtschaftlichen und politischen Rückhalt Deutschlands hoffen konnte. Losgetrennt von Rußland, mit dem es wirtschaftlich doch sehr viel enger verbunden ist als die halsstarrigen litauischen Patrioten dies zugeben wollten, im Gegensatz zu Polen, das nicht gewillt ist den Nachbar selbständig und unabhängig werden zu lassen, kann es ohne Deutschlands Hilfe weder leben noch sterben, sondern höchstens ein elendes Scheindasein fristen. Dies versucht es jetzt seit einem Jahre und treibt einer Katastrophe entgegen. Die litauische

Bewegung war berechtigt und aussichtsreich solange sie hoffen konnte, unter deutschem Schutze ein Staatswesen zu schaffen, das als ausgesprochenes Agrarland im Anschluß an einen Industriestaat die reichsten Entwicklungsmöglichkeiten vor sich sehen konnte. Mangelnde politische Einsicht und jener Chauvinismus, der bei bisher unterdrückten Völkern ihre ersten selbständigen Schritte zu begleiten pflegt, haben diesen hoffnungsvollen Aussichten ein Ende bereitet. Heute hat Litauen — von unfähigen, halbgebildeten Parteipolitikern weniger regiert als vorläufig vertreten — bereits eine so große Zahl von Fehlern gemacht,

daß es in einem Chaos widerstreitender Interessen zu versinken droht. Litauen hat sich dazu hergegeben, blühende deutsche Gebiete sich anzugliedern — lebendige Glieder eines geschlossenen Wirtschaftskörpers seinem ebenso zerrütteten wie verwahrlosten und primitiven Lande hinzuzufügen. Das Resultat ist dauerndes Widerstreben dieser deutschen Gebiete, wirtschaftlicher Niedergang in denselben und ein Gegensatz zu Deutschland, den Litauen unmöglich ertragen kann. Unter solchen Umständen ist es nur eine Frage der Zeit, ob Litauen einem wiedererstarkten Rußland erneut anheimfällt oder schließlich doch von Polen verschluckt wird. Polen pocht auf die „glorreiche Tradition“ der früheren Union und wühlt und arbeitet unausgesetzt daran, sich Litauen anzugliedern, dem es weder eine eigene Nationalität noch staatliche oder kulturelle Selbständigkeit zubilligt. Weil die Oberschicht, besonders der Großgrundbesitzer, polnisch, der Klerus mit polnischen Elementen durchsetzt ist, Wilna eine Stätte polnischer Kultur war und zum Teil noch ist, scheint der polnische Anspruch einige Berechtigung zu haben. Wären die Polen national nicht so fanatisch intolerant, so wäre die Zahl ihrer Anhänger in Litauen noch größer als sie es schon ist — die Haltung der Polen ist aber eine so provozierend hochmütige und unbelehrbare, daß eine Angliederung an die Republik der Herren von Warschau der jungen nationalen Bewegung unterträglich erscheint und diese sich eher dem Bolschewismus in die Arme werfen dürfte, als sich von den Polen knechten lassen.

Die augenblickliche Regierung, in der der Professor Woldemar zusammen mit heimgekehrten Emigranten aus Amerika die erste Rolle spielt, ist vollständig in der Hand der Entente, wofür das Land die Kosten zahlen muß; denn die Engländer und Franzosen denken nur an ihre eigenen Vorteile und mißbrauchen ihre Macht in jeder Hinsicht. Litauen hat weder einen ausreichenden Kredit noch sonstige Hilfe oder Unterstützung erhalten; außer dem Gebietszuwachs auf deutsche Kosten und der Aussicht auf Memel vermag die Entente dem völlig daniederliegenden Lande auch garnicht aufzuhelfen. Vor allem mangelt es an Heizstoffen. Kohlen sind überhaupt nicht vorhanden. Die deutschen, von den Franzosen den Litauern übergebenen Lokomotiven wurden mit Holz geheizt; jetzt vermag die Regierung nicht einmal dieses mehr zu beschaffen, da sie ohne Geld, Maschinen und Geräte nicht imstande ist, aus den staatlichen Waldungen die nötigen Mengen Holz heran zu schaffen. Die Engländer haben erreicht, was sie wollten und deshalb ihr Interesse an Litauen verloren: Das Flachsmonopol sichert ihnen auf Jahre hinaus die gewünschten Mengen von Flachs zu denkbar ungünstigsten Bedingungen für Litauen.

Die Engländer erhalten den Flachs von der litauischen Regierung zu 30 poln. *M* je Pud geliefert, wobei der Marktpreis heute mindestens 360 poln. *M* beträgt. Um nun von den Bauern den Flachs zu erhalten, mußte die Regierung zu Zwangsmaßnahmen greifen und hat sich dabei die Sympathie der Bauern vollständig verschert. Die litauische Armee demobilisiert von selbst, und die Soldaten nehmen ihre Waffen mit nach Hause. Gegenwärtig hat Litauen die Grenze nach Deutschland ganz gesperrt und jede Ausfuhr von Holz verboten. Sie beabsichtigt dieses Verbot erst dann aufzuheben, wenn Deutsch-Litauen den feindlichen Standpunkt der Kownoer Regierung gegenüber aufgibt, was wohl so bald nicht eintreten wird; denn die Deutsch-Litauer, die politisch geschult und weit gebildeter sind als die Regierungselite, haben es satt, sich von diesen chikanieren zu lassen. Da die Deutsch-Litauer außerdem protestantisch sind, so wehren sie sich aufs

energischste gegen die Agitation des ungebildeten litauischen Klerus und werden wohl nicht eher ruhen als bis ihnen eine weitgehende Autonomie zugesichert wird.

Auf dem flachen Lande gewinnt der Bolschewismus immer mehr Anhänger, und wenn Polen nicht Litauen schon bald annektiert, so ist nicht einzusehen, wie die Regierung in Kowno der Schwierigkeiten Herr werden soll.

Im deutschen Interesse kann eine Verbindung Litauens mit Polen gewiß nicht liegen; andererseits haben wir aber kein Interesse daran, der gegenwärtigen kurzsichtigen anti-deutsch-orientierten Kownoer Regierung entgegenzukommen, solange sie unseren bisherigen Reichsgenossen nicht alles zubilligt, was diese zu verlangen berechtigt sind, so sehr es auch erwünscht wäre, bald in gutnachbarliche Beziehungen zu treten und vor allem aus Litauen Holz und andere Naturprodukte zu erhalten. Litauen erlebt die Wahrheit, die allen ehemals russischen Fremdvölkern langsam zu dämmern beginnt: Wer von der Entente ißt, stirbt daran!

Ob es Polen auch so gehen wird? Die „Times“ hatte jüngst die Liebesswürdigkeit, Polen einen „Saisonstaat“ zu nennen. Wird Polens Existenz nur eine „kurze Saison“ gewährt werden? Sieht man die inneren und äußeren Schwierigkeiten von Tag zu Tag wachsen, so könnte man es fast glauben. England zieht sich merklich immer mehr zurück, Amerika tut vollends nichts mehr für Polen und Frankreich hat es bei den Verhandlungen mit Sowjet-Rußland jetzt auch im Stich gelassen. Der günstige Augenblick eines Friedensschlusses ist verpaßt, und in Warschau wird man zusehends ratloser. Der Stand der polnischen Valuta ist der traurigste, den es überhaupt geben kann, und die jüngste Maßnahme der Warschauer Regierung, die Erhöhung des Zolltarifs, treibt das Land dem Ruin entgegen. Das Agio ist von 200 % auf 900 % erhöht worden „um die lokale Produktion durch hohe Zölle zur Inbetriebsetzung zu zwingen“. Das Resultat ist eine beispiellose Teuerung und ein völliger Stillstand des kaum aufgelebten Handels. Die „Posener Neuesten Nachrichten“ (Nr. 6325) schreiben hierzu:

Von den 217 Positionen des Zolltarifs sind kaum 26 Positionen, und noch dazu in beschränktem Umfang, vom Zoll befreit, also kaum 12 %. Wie man angesichts dessen in einem offiziellen Communiqué des Finanzministeriums behaupten kann, 70 % der importierten Waren seien zollfrei, ist ein vollständiges Rätsel!

Der polnische Zolltarif ist genau nachgebildet dem russischen Zolltarif, der ausgesprochen prohibitiv war, den Staat durch eine Zollmauer von der Welt abspernte und die einheimische Industrie vor der ausländischen Konkurrenz schützen sollte. In Rußland war das möglich, weil dieses Land überreich war an sämtlichen Rohstoffen und fast sämtliche Industriezweige in größerem oder kleinerem Umfange schon vorhanden waren. In Polen aber müssen solche Versuche in der gegenwärtigen Zeit notwendigerweise zur Katastrophe führen, denn man darf nicht vergessen, daß der Ministerpräsident in seiner letzten Sejmrede selbst erklärt hat, daß heute kaum 40 % der Arbeiter des Friedensstandes beschäftigt, daß zur normalen Betriebstätigkeit 2 Mill. Tonnen Kohle monatlich erforderlich seien, wir aber erhalten kaum 800 000 Tonnen und auch diese nur „theoretisch“ wie der Ministerpräsident versicherte. Für eine normale Tätigkeit der Industrie sind 150—180 000 Waggons nötig, wir aber besitzen kaum 60 000 und wegen „einer Inbetriebsetzung von Waggonfabriken und Ankauf von Lokomotiven hat die Regierung erst Schritte unternommen. Wie kann man daher unter solchen Bedingungen davon sprechen, „daß die lokale Produktion durch hohe Zölle (900 % Agio) zur Inbetriebsetzung gezwungen werden soll“, wie es die erwähnte Pressemitteilung des Finanzministeriums tut! Wenn es im früheren Kongreßpolen üblich war, den früheren rus-

sischen Zolltarif dahin zu kennzeichnen, daß er in erster Linie die Interessen der innerrussischen Gouvernements im Auge hatte und wenig oder garnicht mit den Interessen der Randländer (Kongreßpolen) rechnete und sehr oft sogar diese Länder direkt schädigte, so muß tatsächlich genau dasselbe auch vom gegenwärtigen polnischen Zolltarif gesagt werden, denn vom Standpunkt der Interessen des ehemaligen preußischen Teilgebiets ist dieser Zolltarif nicht allein schädlich, sondern geradezu katastrophal, was sich unweigerlich in den nächsten Monaten zeigen wird, wenn ein allgemeiner Warenmangel eintreten und im Zusammenhang hiermit die Preise aller Waren des allernotwendigsten Bedarfs zu phantastischen Höhen emporschnellen werden.

Vor Einführung des Agio von 900 % hätte zuerst festgestellt werden müssen, ob das Land alle Waren des notwendigsten Bedarfs herstellen kann, ob z. B. das ehemalige preußische Teilgebiet alle diese Waren als Ersatz der ausbleibenden Zufuhr aus Deutschland aus Kongreßpolen oder Klempolen wird erhalten können. Daß das Finanzministerium das nicht getan hat, daß es sich keine Rechenschaft abgelegt hat über die Folgen der plötzlichen Erhöhung des Agio auf 900 %, ist für uns gänzlich unverständlich!

Erforderlich ist ein starker Protest sämtlicher Kreise der Industrie und der Kaufmannschaft. Möge jeder es wissen, daß dieser Weg uns in den Abgrund führt, daß bald sehr drastische Folgen dieser unserer Wirtschaftsweise sich zeigen können.

Dieser Protest hat denn auch von allen Seiten eingesetzt, am stärksten natürlich in den deutsch-polnischen Gebieten, wo man sehr gut fühlt, daß die Maßnahmen der Warschauer Regierung in erster Linie darauf hinausgehen, diese reichsten und wohlgepflegtesten Gebiete Polens auf das allgemeine Niveau der Armut, ja Verelendung herabzudrücken um energischer zentralisieren zu können. Der polnische Zolltarif hat aber noch eine andere Seite, nämlich die Absicht, deutschen Waren jeglichen Absatz in Polen unmöglich zu machen. Es ist daher nicht übertrieben, wenn man von einem polnischen Zollkrieg gegen

Deutschland spricht. Es ist daran festzuhalten, daß es fast ausschließlich die Warschauer Regierung ist, die an diesem Kurse deutschfeindlicher Politik festhält: im Lande selbst, zumal in Galizien, würde man gerne gute Handelsbeziehungen mit Deutschland aufnehmen und protestiert daher energisch gegen die Warschauer. Überhaupt macht sich der Gegensatz zwischen den drei Teilen, aus denen Polen besteht, immer stärker geltend und nimmt in den Währungsfragen direkt groteske Formen an. Die ungestempelte ehemals österreichische Krone soll z. B. jetzt in bestimmtes Verhältnis zur poln. *M.* gebracht werden und zwar 140 Kronen = 100 poln. *M.* In Galizien protestiert man jedoch realiter dagegen, da dort die poln. *M.* so gut wie garnichts wert ist, während wieder die Krone in Russisch-Polen überhaupt nicht als Geld, sondern nur als „Papier“ gilt. Durch diese Relation verlieren die Galizier ein Drittel ihres Vermögens, während das übrige Polen sich mit polnischem Gelde begnügen muß, das so gut wie völlig wertlos ist. Es ist nicht abzusehen, wie es den Polen gelingen könnte, ihre Finanzen zu sanieren, was sie aber nicht hindert, die Bedeutung dieser Frage ebenso zu verkennen wie alle anderen wirtschaftlichen Nöte: die Kohlennot, die dauernden Streiks, die Hungersnot in den vom Kriege verwüsteten Gegenden, das Brachliegen von 6 Mill. Morgen Ackerland und den Typhus, der entsetzlich wütet und ganze Landstrecken verheert. Wie in früheren Jahrhunderten ziehen es auch heute die Polen vor, statt ihr Haus von Grund aus aufzubauen, annexionistische Illusionspolitik zu treiben. Gegenwärtig befindet sich Polen in mehr oder weniger kritischem Gegensatz zu Deutschland, Litauen, der Ukraine und Sowjetrußland, und die Verstimmung mit Amerika und England ist dabei noch im Wachsen. Man könnte daher geneigt sein, sich die Auffassung der „Times“ zu eigen zu machen und zu fragen, wann die Saison der Existenz dieses Staates zu Ende sein wird.

Dr. Hans von Eckardt

Finnland

Finanzlage 1920*)

Auch das verflossene Jahr hat Finnland den Ausweg aus der andauernden Verschlechterung seiner Finanz- und Währungsverhältnisse nicht gezeigt. Das Preisniveau ist soweit gestiegen, daß es jetzt schätzungsweise zehnmal so hoch liegt, wie vor dem Weltkriege; Arbeitslöhne, Angestellten- und Beamtengehälter passen sich an, die Preise müssen bezahlt werden, wenn das Volk leben will; die Währung ist im Auslande entwertet; an eine noch weitergehende Verbrauchs- und Einfuhrbeschränkung als sie bisher geübt wurde, ist nicht zu denken. Machtlos steht der Staat dem Wachsen seiner Ausgaben gegenüber, die er notdürftig durch Anleihen und die auch in Finnland nie versagende Notenpresse zu decken sucht, wodurch er wiederum zur Entwertung des Geldes beiträgt.

1913 betrugen die Gesamtausgaben 361 Mill. *F.M.*, davon 149 Mill. ordentliche, 212 Mill. außerordentliche; für das letzte Jahr (1919) wurden vom Landtage 932 Mill. ordentliche und 1578 Mill. außerordentliche Ausgaben bewilligt. Der Etat wurde von der Regierung verfassungswidrig überschritten, und am 19. 12. 1919 mußte der Reichstag einen Nachtragsetat von 178 Mill. — davon etwa 70 Mill. für militärische Zwecke —

bewilligen, so daß die Gesamtausgaben für 1919 auf 2688 Mill. stiegen. Die Budgetverhandlungen für 1920 wurden wieder so verzögert, daß die Gültigkeit des Staatshaushaltplanes von 1919 mehrmals verlängert werden mußte; endlich im März sind die Verhandlungen abgeschlossen worden, gleich darauf löste sich der Reichstag auf. Der Vorschlag für 1920 zeigt folgendes Bild (in Mill. *F.M.*):

Ordentliche Ausgaben .	1350,7	Ordentliche Einnahmen	1545,5
Außerordentliche Ausgaben .	580,0	Außerordentliche Einnahmen .	207,1
	1930,7		1752,6

Das entstehende Defizit von 178 Mill. soll durch den Restbetrag der Nachbewilligung für 1919 gedeckt werden. Trotz aller Sparversuche der Regierung schließt das Budget mit der gewaltigen Summe von 2 Milliarden Mark; diese Tatsache kann in Anbetracht der Höhe der Gehälter und der Pensionen der Staatsbeamten, der Kosten von Neubauten, der Materialkosten für die staatlichen Verkehrs- und Industriebetriebe und der staatlichen Zuschüsse für die Lebensmittelversorgung und für kommunale und gemeinnützige Zwecke keine Verwunderung hervorrufen.

Viele Millionen wurden bewilligt für Hochschulen, Volksschulen, Krankenhäuser, für Unterstützung bedürftiger Ge-

*) Vgl. Nr. 49 v. 2. 10. 1919.

meinden und Volksklassen, für die Förderung von Handel, Verkehr und Landwirtschaft usw. Besonders große Summen schluckt das Militär; das zeigt das außerordentliche Budget, das sich etwa wie folgt zusammensetzt (in 1000 F.M.):

Militär	281 021
Schutz der Ostgrenze	25 000
Wiederherstellung der allgemeinen Ordnung	40 000
Erstattung für Revolutionsschäden von 1918	130 000

Die Verkehrseinrichtungen und Industriebetriebe des finnländischen Staates lieferten 1919 ein verhältnismäßig günstiges Ergebnis und versprechen, auch 1920 ihre Ausgaben selbst zu decken. Das Defizit des Eisenbahnbetriebes in den Jahren 1917 (— 36 Mill.) und 1918 (— 15 Mill.) hat sich dank der Zunahme des Verkehrs nach Wiederkehr friedlicher Zustände im In- und Ausland und infolge der Erhöhung der Beförderungssätze (1. 10. 1918) 1919 in einen Überschuß von 72 Mill. verwandelt. Der Telegraphenverkehr brachte einen Überschuß von 4 Mill.; die Wortgebühren wurden zu Beginn dieses Jahres von 40 auf 60 Penni erhöht; auch die Postbeförderungssätze sind wieder erhöht worden. Aus dem Alkoholmonopol rechnet man mit einer Jahreseinnahme von 7 Mill. Die Gewinne der Säge- und Brennholzwerke des Staates werden auf 36 Mill. veranschlagt. Die Holzauktionen der Staatsforsten sollen etwa 29 Mill. bringen.

Aus allen diesen verbenden Anlagen kann der Staat nennenswerte Summen zur Deckung seiner Ausgaben nicht herausziehen; seine Haupteinnahmequellen bleiben Zölle, Steuern und — Anleihen.

Die für 1919 auf 149,5 Mill. veranschlagten Zolleinnahmen beliefen sich tatsächlich auf 240 Mill. (1918: 16,5 Mill.). Zurückzuführen ist dieser Erfolg teils auf die Einführung des neuen Zolltarifs (am 1. 4. 19) mit seinen vielfach erhöhten Einfuhrzöllen und den neu eingeführten Ausfuhrzöllen auf Holz und Papier, zum größten Teil aber auf die Wiederbelebung des Außenhandels nach den Jahren der Kriegssperre. Der finnländische Reichstag hat sich zu einer weitgehenden Besteuerung des Außenhandels, deren praktische Folgen noch dahinstehen, entschlossen: durch Verordnung vom 10. 3. 20 werden „die Zölle, für die in das Inland eingeführten Waren vom Tage der Bekanntmachung dieses Gesetzes ab bis zum Ablauf des Jahres 1920 mit den unten bezeichneten Ausnahmen um 200 % erhöht, unter Zugrundelegung der Zollsätze, die laut Verordnung vom 26. 3. 19, betreffend Zollabgaben und Anwendung des Zolltarifs nebst Zolltarif für eingeführte Waren erlassen sind.“ Für eine Anzahl von Textilwaren beträgt der Aufschlag nur 100 %; ganz frei vom Aufschlag sind Fleisch, Schmalz, einige Getreidearten, Kaffee, Zucker, Tee, Kakao, einige Arten Baumwollzeug, gewisse Arten von Schuhzeug, landwirtschaftliche Maschinen und Arbeitsgeräte und solche Waren, die dem Wertzoll unterliegen. Die Verordnung wird voraussichtlich große Preissteigerungen bei allen Einfuhrwaren in ihrer Gefolgschaft mit sich bringen. Die Zolleinnahmen für 1920 werden auf 350 Mill., davon 30 Mill. Ausfuhrzölle, berechnet. Außer den Zöllen sollen jetzt zur Deckung der Kosten der Außenhandelskontrolle Lizenzabgaben von im einzelnen noch unbestimmter Höhe erhoben werden; die Gesamteinnahmen aus diesen Abgaben sollen sich auf 170 Mill. belaufen!

Die am 22. 5. 19 in Kraft getretene Tabaksteuer brachte in 7 Monaten 74 Mill. ein. (Voranschlag: 27 Mill.) Es wurden versteuert: Zigarren 6,5 Mill. Stück, Zigaretten 1,4 Mill. Stück, Rauchtobak 195 910 kg, Kautobak 25 980 kg, Schnupftobak 76 510 kg. Für 1920 wird der Ertrag der Steuer auf 120 Mill. berechnet; im Januar gingen 9,5 Mill. ein.

Durch eine besonders die großen Vermögen und Einkommen sehr scharf treffende Einkommens- und Vermögenssteuer für das Jahr 1919 sollen 600 Mill. eingebracht werden; steuerfrei sind Einkommen bis zu 5000 F.M. Für 1920 ist eine Erhöhung der Steuer bei Aktienverkäufen, der Erbschafts- und Schenkungssteuer und der Stempelabgaben beschlossen. Die Steuerschraube ist aufs äußerste angespannt.

Die früher wegen des Kapitalmangels in Finnland so erwünschten Auslandsanleihen bilden jetzt eine große Ausgabenquelle für das Land, da Zinsen und Tilgungssummen in hochstehender fremder Währung zu zahlen sind. Trotzdem bemüht sich Finnland, neue Anleihen im Ausland aufzunehmen, um Valutakredite zu erhalten. Die Regierung wurde im Sommer 1919 zur Aufnahme von Auslandsanleihen bis zur Höhe von 500 Mill. F.M. ermächtigt; die Bemühungen, in Schweden und England Anleihen aufzunehmen, scheiterten. Endlich im Januar 1920 gelang es, von der nordischen Telegrafengesellschaft in Dänemark eine Anleihe von 4 Mill. Kr auf 10 Jahre zu 6½ % bei einem Emissionskurs von 95 Kr zu erhalten.

Am 18. 7. 19 wurde die Regierung durch Gesetz ermächtigt, eine Prämien-Obligationsanleihe im Betrage von 75 Mill. F.M. mit 7 Jahren Laufzeit aufzunehmen. Die Schuldverschreibungen wurden in Stücken zu 50 F.M. ausgegeben und lauteten auf den Inhaber. Eine jährliche Prämien-summe von 1 840 000 F.M. verteilt sich auf 18 418 Prämien; die niedrigste Prämie beträgt 50 F.M., die höchste 300 000 F.M. Die Anleihestücke werden am 1. 12. 26 mit 60 F.M. eingelöst. Der jährliche Zinssatz beträgt also für den Staat etwa 5½ %. Ein großer Teil der Anteile ist bei den Banken liegen geblieben und nicht in die Hände der kleinen Zeichner gelangt.

Weitere Obligationsanleihen wurden aufgenommen zum Ankauf von Aktien und Fabriken der Sägewerks-gesellschaft Guteit & Co., der Papierfabrik A. B. Tornator und der Hyvinge Spritfabrik. Alle diese Anleihen sollen aus den Betriebsgewinnen der durch sie erworbenen Unternehmen verzinst und getilgt werden.

Außerdem wurde die Regierung ermächtigt, zur Deckung des Zahlungsmittelbedarfs der Regierung im Jahre 1920 bis zu 500 Mill. F.M. kurzfristige Kredite aufzunehmen. Finlands Bank wies am 8. 3. 20 als größten Posten der Notendeckung finnländische Staatsschuldverschreibungen im Betrage von 835 Mill. F.M. (1919: 435 Mill.) aus. Der Notenumlauf betrug am gleichen Tage 1228 Mill.

Als Gesamtbild der finnländischen Staatsfinanzen ergibt sich ein hemmungsloses Ansteigen der Ausgabenseite und ein erzwungenes Nachhinken der Einnahmenseite; bringt der kommende Sommer die erhoffte günstige Konjunktur für die Holz- und Papiausfuhr, so kann auch mit einer steigenden Valuta, fallenden Preisen, sinkenden Ausgaben und wachsenden Einnahmen gerechnet werden.

H. Gabain

Mexiko

Wirtschaftliche Entwicklung im Kriege — Jahresbilanz 1918

Orizaba, Mitte März 1920.

Mit Ausnahme derjenigen Länder, die in den Jahren der Weltkatastrophe einen mit starkem Beigeschmack gewürzten Aufschwung ihrer Handelsstatistiken genommen haben, dürfte es wenig Staaten geben, die in genanntem Zeitabschnitt normale, geschweige erhöhte Zahlen zu verzeichnen gehabt haben, denn der Krieg hat nicht nur die Bewegungsfreiheit aller europäischen, sondern auch der überseeischen Länder in weitgehender Weise beeinträchtigt. In erhöhtem Maßstab gilt dies natürlich von Staaten, deren Regierungen mehr oder weniger strikt neutral dachten und handelten, wie in diesem Kontinent hauptsächlich Mexiko, Argentinien und Chile. Solche Länder haben, parallel zu den kriegführenden Mächten, ihr gesamtes wirtschaftliches System ummodellieren, d. h. auf die neu geschaffene Lage einstellen müssen. Der freien, unbegrenzten Ein- und Ausfuhr beraubt, mußten die einheimischen Industrien gefördert und für sie mannigfaltigere Formen gefunden werden; die Landwirtschaft mußte sich wohl oder übel eindämmen oder, je nachdem, gewaltig ausbauen. Im großen und ganzen hat der Krieg die nicht direkt beteiligten Länder gelehrt, einen gewissen Grad wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu erringen. Bei Normalisierung der Weltlage wird es sich nun zeigen, ob diese neue Basis der Verhältnisse vorherrschend bleiben wird oder ob mit der Zeit wieder ähnliche Zustände wie vor dem Krieg eintreten werden, d. h. ob die unabhängige Selbstexistenz eines jeden Landes mit einem möglichststen Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft wieder der Überindustrialisierung mancher, sowie der auf Ausfuhr zugespitzten Massenerzeugung landwirtschaftlicher Produkte anderer Länder, Platz machen wird. Tritt letzteres ein, so liegt die Gefahr nahe, daß die in den letzten Jahren aufgeblühten kleinen Industrien in früher vorwiegenden Agrikulturländern von den Massenfaktoren der Großindustrieländer erdrückt werden. Nur im richtigen Moment gegebene Schutzzölle werden einheimische Industrien kleiner Länder retten, und es bleibt abzuwarten, wie sich die betreffenden Regierungen zu diesem Probleme verhalten werden.

Vielleicht mehr noch als der Hemmschuh einer aufrechten Neutralität übte ein anderer Faktor auf die mexikanischen Ein- und Ausfuhrziffern der letzten Jahre gewichtigen Druck aus, nämlich die Begleiterscheinungen einer überlangen Revolution. Diese haben die Handelsbilanz ungünstig beeinflussen müssen. Es liegt auf der Hand, daß der Lebensnerv eines Landes, das seit fast einem Dezennium von Revolution heimgesucht wird, arg erschüttert ist. Welcher anderer Staat würde aus gleichen inneren Kämpfen wirtschaftlich immun herauskommen; ja, man kann weit Kühneres fragen: welcher europäischer Staat könnte überhaupt eine solche Spanne friedloser Zeit überleben, ohne entweder einem Bankrott oder aber einem langen Siechtum mit Aussicht auf ein problematisches Genesen zuzutreiben? Daß keiner dieser beiden Zustände Mexiko betroffen hat, beweist die ungeheure Spannkraft und latente Leistungsfähigkeit des Landes. Nun wird sich bei eingehenderer Beschäftigung hiermit manchem die Frage aufdrängen: ist die ökonomische Ergiebigkeit der Republik denn durch die Revolution tatsächlich ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen worden, oder handelt es sich hier nicht lediglich um nominelle Unruhen, politische Parteikämpfe, die

sich etwa auf einen bestimmten Ort beschränken, oder gar nur um Scheinkämpfe, wie sie sich manch kleines Land heutzutage leistet? Auf die Gefahr hin, Bekanntes zu wiederholen, sei gesagt, daß die maderistische und namentlich die spätere carranzistische Revolution, dann als Gegenstück dazu die verschiedenen reaktionären Gegenbewegungen, allerdings einen durchgreifenden Einfluß auf das gesamte wirtschaftliche Leben hatten und bis zu einem gewissen, wenn auch abgeschwächten Grade, gegenwärtig noch ausüben. Fast alle Teile der Republik wurden, teilweise vorübergehend, teilweise jahrelang, durch Kämpfe, Guerillakrieg und sich daraus entwickelndes Banditen- und Räuberwesen heimgesucht. Ohne in Details zu verfallen, seien nur die hauptsächlichsten Bremsobjekte für die Entwicklung eines normalen Wirtschaftslebens genannt:

1. Verwüstungen vieler Agrikulturgebiete, einschließlich der Farmgebäude und -maschinerien.
2. Mangel an Arbeitswille: Maderistische und carranzistische Agitatoren, welche das Volk zur Anhängerschaft für ihre Kandidaten werben wollten, versprachen eine utopistische Demokratie, die das Volk so aufbaute, daß es ohne zu arbeiten sorglos leben würde. Industrie und Landwirtschaft haben empfindliche Einbuße hierdurch und durch den in enger Fühlung damit stehenden Zusammenschluß der Arbeiter zu Gewerkschaftssyndikaten mit bolschewistischer Tendenz erlitten. Erst allmählich dringt die Einsicht, verbunden mit wiederkehrendem Willen zur Arbeit, durch.
3. Enorme finanzielle Verluste in allen Schichten durch gänzliche Entwertung zweier nacheinander herausgegebenen Papiergeldemissionen. Das konstitutionelle Heer unter seinem Anführer Carranza setzte Papiergeld in Umlauf, das zwar von der provisorischen Carranza-Regierung später übernommen, dem aber wegen der damals wenig stabilen Lage jener Regierung nach und nach das Vertrauen inner- und außerhalb des Landes entzogen wurde. So sank der Kurs dafür schließlich auf ein Minimum, das die Regierung zwang, um ein gänzlich Stocken jedweden Handels zu vermeiden, schleunigst eine neue, angeblich mit 0,20 \$ mexikanischem Gold für den Peso garantierte, neue Emission in Zirkulation zu bringen. Der festgesetzte Zwangskurs von 20 % pro Peso konnte sich indes wiederum nicht halten, und auch dieses neue Regierungspapiergeld wuchs sich bald durch seine vollkommene Entwertung zu einer schmachvollen Niederlage für die Regierung aus.
4. Hinzu kommen die von Villa und anderen aufständischen Generälen verfüigten verschiedenen Papieremissionen, die alle den gleichen Weg nahmen, deswegen aber natürlich eine weitere erhebliche Belastung der Einwohner, speziell des Nordens der Republik, bildeten.
5. Zwangsanleihen in Städten, Dörfern usw., sowohl seitens Regierungstruppen und -behörden in der präkonstitutionalistischen Zeit, als auch von Aufständischen.
6. Aufteilung größerer Landbesitze unter in den betreffenden Gebieten ansässigen Arbeitern: Obwohl diesem System bei dem Stand der heutigen Sozialwirtschaft nichts Außergewöhnliches oder Unrationelles anhaftet, hat die Praxis in diesem Land meistens negative Resultate gezeitigt. Der mexikanische Landarbeiter ist in den meisten Fällen nicht genügend einsichtig, um ein ihm zu eigen überlassenes Stück Land in stetiger, gewinnbringender Weise zu bearbeiten. Seine Weltanschauung und seine Energien lassen ihn gar bald im Stich und vielfach ist er froh, wenn er das Terrain, zu dem er ohne sein Verdienst gekommen ist, zu einem Spottgelde veräußern kann. Die Praxis hat also dem Wunsch der Regierung, die Großgrundbesitzer nach Mög-

lichkeit zu eliminieren, einen Riegel vorgeschoben. Zu oft hat es sich hier ergeben, daß die früheren Besitzer verteilter Gebiete unter ganz geringer finanzieller Einbuße dieselben wieder erwerben konnten.

Man sieht also, daß es an Belastungsproben für die wirtschaftliche Stabilität nicht gefehlt hat. Um das rohe Bild in das rechte Licht zu rücken, muß noch erwähnt werden, daß das Land sich zweifellos in jeder Beziehung langsam wieder besseren Zeiten nähert. Die Regierung Carranzas hat sich trotz aller Anfeindungen definitiv durchgesetzt und jede weitere Obstruktionsarbeit dagegen ist albern und zwecklos. Die unsicheren Gebiete verringern sich beständig. Seit einigen Monaten merkt man den Aufständischen eine gewisse Müdigkeit an. Außerdem ist die Regierung seit geraumer Zeit in ihren Pazifizierungstreifzügen gegen die Rebellen recht glücklich gewesen und konnte viele der gefährlichsten Führer bereits unschädlich machen. Die Mutlosigkeit und offenbare Hoffnungslosigkeit auf seiten der Aufständischen dürfte binnen kurzem derartige Wirkungen erzeugen, daß man wahrscheinlich bald einen völligen Zusammenbruch der bereits chronisch gewordenen inneren Kämpfe erwarten darf. Vollzieht sich die demnächstige Präsidentenwahl in normaler Weise, d. h. ohne Unruhen und neue revolutionäre Bewegungen, wie sie von einem Teil der Bevölkerung vorausgesagt werden, so wird der neue Präsident, der eine bedeutend kräftigere finanzielle Rückenstärkung als Carranza haben dürfte, in ganz kurzer Zeit einen allgemeinen Friedenszustand schaffen können. Voraussichtlich werden also erst die Statistiken vom Jahre 1921 ab die normale Produktionskraft und Aufnahmefähigkeit Mexikos zeigen.

Bei Einschätzung der nun folgenden Zahlen*) wolle man die obigen Erläuterungen nicht außer acht lassen, da sonst jede Schlußfolgerung irre leitet.

Goldproduktion:

1914	8 635 kg Feingold	Wert 11 513 046 Pesos	Gold
1915	7 358 " "	" 9 910 642 " "	" "
1916	11 748 " "	" 15 663 961 " "	" "
1917	23 543 " "	" 31 390 588 " "	" "
1918	25 313 " "	" 33 750 582 " "	" "
1919 (1. Halbj.)	11 513 " "	" 15 350 283 " "	" "

Als Grundpreis ist 1333,33 Peso mex. Währung für das Kilogramm Gold angesetzt. Sowohl bei den obigen als bei den später angegebenen Ziffern der Silberproduktion ist besonders bemerkenswert die Hochkonjunktur, die sich seit 1917 fühlbar machte und noch heute andauert. Die bis Anfang 1917 nur zaghaft arbeitenden und teilweise vollständig brach gelegenen Minen haben von genanntem Zeitpunkt ab infolge besserer innerer politischer Lage ihre Tätigkeit in möglichst vollem Maße wieder aufgenommen. Vergleichshalber seien die Zahlen der Vorrevolutionsjahre angegeben:

1906	27 899 kg Feingold	1910	37 482 kg Feingold
1907	28 109 " "	1911	37 436 " "
1908	33 601 " "	1912	36 864 " "
1909	35 875 " "	1913	28 969 " "

Silberproduktion:

1908	2 291 260 kg Feinsilb.	1914	810 647 kg Feinsilb.
1909	2 299 920 " "	1915	712 599 " "
1910	2 219 975 " "	1916	926 142 " "
1911	2 458 241 " "	1917	1 306 988 " "
1912	2 321 626 " "	1918	1 944 542 " "
1913	2 199 186 " "	1919 (1. Halbj.)	954 331 " "

Vom Jahre 1918 ab ist sowohl Gold- als Silberproduktion fast auf die Normalbasis vor Revolution und europäischem Krieg gebracht worden.

*) Die Ziffern sind einer amtlichen Veröffentlichung des Finanzministeriums entlehnt. Der Verfasser.

Produktion von Industriemetallen: Einwandfreie Daten über die Produktion dieser Metalle sind erst vom Jahre 1915 ab erhältlich, da erst von genanntem Zeitpunkt ab Besteuerung und infolgedessen Kontrolle der gemachten Angaben eingeführt wurde.

	Blei	Kupfer	Zinn	Zink
1915 ..	6 703 206 kg	205 978 kg	— kg	5 806 028 kg
1916 ..	19 970 986 "	28 411 248 "	292 "	37 449 226 "
1917 ..	64 124 752 "	50 985 923 "	9 214 "	14 757 333 "
1918 ..	98 837 154 "	70 223 454 "	13 537 "	20 698 995 "

	Tungstein	unkrystall. Graphit	Molybdän	Quecksilb.
1915 ..	— kg	— kg	— kg	— kg
1916 ..	12 250 "	470 343 "	— "	— "
1917 ..	187 637 "	420 046 "	— "	33 132 "
1918 ..	149 486 "	6 190 849 "	27 371 "	163 598 "

	Magnesium	Arsenik	Antimon
1915	— kg	— kg	— kg
1916	— "	— "	828 767 "
1917	73 387 "	1 284 820 "	2 646 544 "
1918	2 878 383 "	1 881 011 "	3 268 546 "

Wie obige Zahlen zeigen, ist die Ausbeutung mancher Erze für Mexiko eine gänzlich moderne Erscheinung und infolgedessen in vielen Fällen überhaupt erst in den letzten Jahren ins Leben gerufen worden. Durch die teilweise Unerschlossenheit großer Minenregionen bieten sich gerade auf diesem Gebiete nicht absehbare Ausdehnungsfähigkeiten für die Zukunft, auf die deutsche Interessenten besonders hingewiesen seien. Wahrscheinlich dürfte Mexiko bald im Minenwesen eine viel bedeutendere Rolle als heute spielen. Zu Details an Hand der Zahlen übergehend, ist der Aufschwung der Produktion von Blei, Kupfer, Graphit, Magnesium und Antimon besonders beachtenswert.

Die Außenhandelsstatistik der letzten Kriegsjahre zeigt folgende Ergebnisse:

Einfuhr (in 1000 Gold-Pesos):	1916/17 (12 Monate)	1917 (2. Halbj.)	1918
Tierische Substanzen ..	13 832	10 083	19 982
Pflanzen-Substanzen ..	29 034	21 340	37 986
Mineralische Substanzen ..	21 395	16 694	28 809
Wirkwaren ..	15 569	24 800	28 654
Chemische Produkte ..	6 556	5 782	10 639
Spirituosen ..	1 430	1 791	1 237
Papier und Papierwaren ..	4 246	2 579	3 070
Maschinen und Apparate ..	7 250	5 776	11 252
Vehikel ..	3 085	3 147	6 599
Waffen und Explosivstoffe ..	622	435	2 222
Verschiedenes ..	5 603	4 713	14 020
Summe	108 631	97 138	164 470

Mit Ausnahme der Einfuhr von Papier ist auf der ganzen Linie aufsteigende Tendenz zu verzeichnen. Einen interessanten Vergleich bringen die bisher ermittelten Teilzahlen der Jahre 1918 und 1919:

Einfuhr in den ersten vier Monaten (in 1000 Gold-Pesos):	1918	1919	1918	1919
Tierische Subst. ..	6 600	4 616	waren	1 020
Pflanzen-Subst. ..	12 660	12 762	Masch. u. Apparate	3 750
Mineral. Subst. ..	9 600	8 948	Vehikel	2 200
Wirkwaren ..	9 500	7 691	Waffen u. Explosiv-	—
Chem. Produkte ..	3 500	4 560	stoffe	740
Spirituosen ..	412	476	Verschiedenes ..	4 670
Papier u. Papier-	—	—	Summe ..	54 652
				51 247

Das Ergebnis ist anscheinend ungünstig für die ersten vier Monate des Jahres 1919; es muß aber berücksichtigt werden, daß für 1919 die Angaben verschiedener Zollämter noch ausstehen. Das Finanzministerium veranschlagt den Betrag der noch nicht gemeldeten Einfuhr für genannte Zeit auf 25 Mill. Pesos, was allerdings einen erheblichen und vielversprechenden Zuwachs des Imports den Vorjahren gegenüber bedeutet.

Ausfuhr während der letzten Kriegsjahre (in 1000 Gold-Pesos):

	1916/17 (12 Monate)	1917 (2. Halbjahr)	1918
Mineralische Produkte	156 526	95 041	213 932
Pflanzen-Produkte	31 522	48 005	128 937
Tierische Produkte	19 235	6 822	19 570
Fabrikate und Verschiedenes	4 597	1 303	4 866
Summe	211 900	151 171	367 305

Wie bei der Ausfuhr seien die ersten Monate der beiden letzten Jahre einander gegenübergestellt:

Ausfuhr in den ersten vier Monaten

	1918	1919
Mineralische Produkte	71 310	46 360
Pflanzenprodukte	42 780	38 460
Tierische Produkte	6 520	5 880
Fabrikate und Verschiedenes	1 620	1 000
Summe	122 230	91 700

Widerum muß bemerkt werden, daß die Zahlen für 1919 nicht vollständig sind, und daß das Finanzministerium zusätzlich der fehlenden Daten die Ausfuhr für die ersten vier Monate 1919 auf 108,5 Mill. Pesos schätzt. Die Ausfuhrzahlen zeigen im allgemeinen seit der zweiten Hälfte 1917 ein sehr günstiges Bild, und der Zuwachs gegen die Vorjahre zeigt deutlich, daß das Land sich bemüht, seine Friedens-Vitalität nicht nur zu erreichen, sondern zu übertreffen. Finanzminister Cabrera erklärt die kleine Einbuße in den Ziffern für Anfang 1919 nicht durch kleinere Produktion, sondern einen gestiegenen Heimverbrauch.

Nicht ohne Interesse dürften die folgenden Spezialzahlen sein, die die Verteilung der Gesamtausfuhr auf die einzelnen Artikel andeuten.

Ausfuhr von Petroleum:

	Menge in t	Wert in 1000 Pesos Gold
	1917	1918
Rohöl	2 360 192	2 579 713
Brennpetroleum	1 915 678	2 262 961
Summe	4 275 870	4 842 674

In die Augen sticht die Tatsache, daß die Menge des exportierten Petroleums im Jahre 1918 nur unerheblich zugenommen hat, wogegen der Wert desselben infolge der großen Hausse auf das Doppelte gestiegen ist.

Ausfuhr von Pflanzenprodukten (Mengen in t):

	1917	1918	1917	1918
Rohbaumwolle	10 540	21 430	Henequén	128 153
Kaffee	12 237	4 726	Ixtle	25 920
Kautschuk	640	33	Hölzer	2 025
Kaugummi	1 901	1 446	Farbhölzer	5 551
Frische Früchte	255	48	Rafz de zacatón	3 894
Garbanzo			Roh-Tabak	210
(span. Erbse)	1 118	295	Vanille	68
Gnayule	2 265	1 840	Baumwollsaat	1 080

Die Verminderung der Ausfuhr verschiedener Artikel in 1918 ist dem Umstande zuzuschreiben, daß das Land infolge der wegen des Krieges beschränkten Einfuhrmöglichkeiten größere Mengen als in normalen Zeiten für den Heimkonsum reservieren mußte.

Ausfuhr anderer Produkte:

	1917	1918
Rindvieh	Stück 49 182	51 592
Gegerbte Felle	t 171 064	150 000
Leder	13 604 870	9 332 744
Verarbeiteter Tabak	3 459 111	2 353 205
Bearbeiteter Hanf	228 547	317 713
Stroh Hüte (aus Palmblättern)	Stück 790 003	675 320

Die Verteilung der Einfuhr auf die Herkunftsländer zeigt folgende Übersicht:

Herkunftsland	Einfuhrwert i. 1000 Pesos	Herkunftsland	Einfuhrwert i. 1000 Pesos
a) Europa		e) Zentralamerika	
Dänemark	29	Costa Rica	52
Spanien	1 989	Guatemala	1 020
Frankreich	3 272	Honduras	188
Großbritannien	9 575	Britisch Honduras	4
Holland	27	Nicaragua	259
Italien	665	Salvador	138
Norwegen	1	Zentralamerika zus.	1 662
Portugal	9		
Rußland	9	f) Südamerika	
Schweden	13	Brasilien	15
Schweiz	468	Columbien	52
Europa zus.	16 059	Chile	4
b) Asien		Ecuador	96
Arabien	9	Peru	174
China	329	Argentinien	187
Hinterindien	19	Venezuela	58
Hindustan	1 305	Südamerika zus.	587
Japan	333		
Persien	1	g) Antillen	
Türkei	0,5	Cuba	2 745
Asien zus.	1 998	Jamaica	2
c) Afrika		Santo Domingo	86
Ägypten	1	Antillen zus.	2 832
Sansibar	6		
Afrika zus.	7	h) Ozeanien	
d) Nordamerika		Java	116
Kanada	5	Samoa	1
Vereinigte Staaten	141 153	Sumatra	51
Nordamerika zus.	141 158	Ozeanien zus.	168

Ogleich der Import von den Vereinigten Staaten immer schon eine große Rolle in der mexikanischen Handelsbilanz spielte, hat sich diese Sachlage durch den Krieg naturgemäß noch sehr zugunsten der Vereinigten Staaten verschoben. Die Einfuhr von Europa litt immer noch unter den Kriegsbegleiterscheinungen, jedoch zeigen die bisher bekannt gewordenen Zahlen für 1919 eine Neukonstellation zugunsten Europas und zu Lasten der Vereinigten Staaten. Diese Tendenz dürfte sich im gegenwärtigen Jahre und in der Zukunft normalerweise noch weiter ausbauen, wenn auch die amerikanischen Exporteure sich bemühen werden, den mexikanischen Markt sich nicht aus den Händen gleiten zu lassen. Europa wird also mit scharfer Konkurrenz gerade hier zu rechnen haben, da die Amerikaner schon des politischen Interesses wegen wachsam sein werden. Sobald deutsche Produkte in den erwünschten großen Mengen nach diesem Lande verladen werden können, dürfte sich ein lebhafter wirtschaftlicher Kampf mit den anderen produzierenden Ländern entwickeln, bei dem voraussichtlich Deutschland manche Vorteile erringen wird. In den bisher vorliegenden Ziffern für 1919 sind zwar deutsche Produkte nicht nennenswert vertreten, umso auffallender ist die in den ersten vier Monaten vervierfachte Einfuhr aus Spanien, wogegen die gesamte Einfuhr ungefähr um das Doppelte gestiegen ist.

Die Verteilung der Ausfuhr auf die Absatzländer in 1918 zeigt folgende Ziffern (Wert in 1000 Gold-Pesos):

Pesos:	a) Europa	d) Zentral-Amerika.	
Spanien	1 655	Costa Rica	33
Frankreich	6	Guatemala	584
Großbritannien	4 373	Honduras	104
zusammen	6 034	Britisch Honduras	837
		Nicaragua	61
	b) Asien	Salvador	12
Japan	251	zusammen	1 629
	c) Nord-Amerika	e) Süd-Amerika	
Vereinigte Staaten	350	Brasilien	485

Chile	4 684	f) Antillen	
Panama	729		
Peru	92	Cuba	3 029
Argentinien	298		
zusammen	6 287		

Wie seit langen Jahren weist auch diese Handelsbilanz einen Ausfuhrüberschuß auf. Früher wurde dieser Saldo zum großen Teil wieder im Lande investiert, sei es in neuen Unternehmungen, sei es zum Ankauf von Ländereien usw. Da man jedoch im allgemeinen in den letzten Jahren wenig geneigt war, sich in Geschäfte größeren Stils mit Festlegung von Kapital einzulassen, wurde das aus dem Export gewonnene Geld immer wieder schnell sich abwickelnden Ausfuhr-Transaktionen zugeführt. Dadurch steigerte sich also der Export selbsttätig und eigentlich über den Rahmen der Zeitverhältnisse hinausgehend; eine ganz merkwürdige Erscheinung, die indes nur den anormalen Zeiten zuzuschreiben ist und bald der Vergangenheit angehören wird.

Auch in der Exportstatistik figurieren die Vereinigten Staaten an weitaus erster Stelle, und auch in diesem Punkt steht zu erwarten, daß in den kommenden Jahren eine Verschiebung zugunsten der europäischen Staaten eintreten wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Exportmöglichkeiten und -fähigkeiten denkbar günstig sind; speziell an landwirtschaftlichen Produkten ist die Ergiebigkeit

noch fern vom Erschöpfungsstadium. Gegenwärtig ist die Ausfuhr nach Europa zwar infolge der dortigen ungünstigen Valuten sehr erschwert, sobald aber dieser Übelstand bis zu einem gewissen Grade behoben ist, liegt für Europa kein Grund vor, nicht von Mexiko wie früher unbeschränkt zu importieren. Es ist dringend zu wünschen, daß die deutsche Valuta, die heute jegliche Einfuhr mexikanischer Waren schlechthin unmöglich macht, bald wieder auf einer Basis steht, welche Geschäfte einleiten läßt. Die vielen guten Verbindungen deutscher Firmen in diesem Lande, die zum großen Teil wegen der Valutakalamität heute brachliegen, dürften deutschem Handel und Wandel unter keinen Umständen verloren gehen, da sie zu gewichtigem Anteil am ökonomischen Wiederaufbau des Reiches verwertet werden könnten. Bleibt aber die deutsche Valuta im heutigen Tiefstand befangen und kann keine Möglichkeit gefunden werden, eine Sanierung, und sei es evtl. unter großen, radikalen Opfern, herbeizuführen, so wird wohl kaum verhütet werden können, daß viele der sorgsam angeknüpften deutschen Handelsbeziehungen Amerikanern, Engländern und Franzosen in den Schoß fallen. Eile tut hier not. Ist Valutahebung nicht zu erreichen, so sollte die Regierung andere Mittel ersinnen, etwa vermittels Fühlungsnahme mit den maßgebenden Kreisen bzw. Firmen in Mexiko, um sämtliche Verbindungen, die früher Deutschland zugute kamen, auch fernerhin zu sichern und auszubauen.

Rb.

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	20. 4.	20. 4.	20. 4.	20. 4.
Amsterdam, 100 fl.	2187,50	2275,—	—	207,—
Barcelona, 100 Pesetas	1075,—	1045,—	47,—	95 50
Berlin, 100 M.	—	—	4,55	9,10
Brüssel, 100 fr.	407,50	407,45	18,40	37,—
Budapest, 100 K.	—	29,50	—	—
Buenos Aires	—	—	—	240,—
Helsingfors, 100 F.M.	—	335,10	—	—
Kopenhagen, 100 Kr.	1048,—	1070,—	47,50	99,75
Kristiania, 100 Kr.	1218,75	1224,50	54,50	113,—
London, 1 £	237,87	240,—	10,68 1/2	22,03
Madrid, 100 Pesetas.	1075,—	1045,—	47,—	95,50
New York, 1 \$	60,25	60,50	2,70 1/4	5,55
Paris, 100 fr.	377,50	382,20	17,40	35,75
Prag, 100 K.	96,75	93,50	—	9,—
Rom, 100 Lire	280,—	280,—	12,15	25,75
Stockholm, 100 Kr.	1355,—	1350,—	60,20	124,—
Wien, 100 K. neu	29,67	28,—	1,37 1/2	2,70
Zürich, 100 fr.	1111,25	1095,—	48,55	—

	Wien	Prag	Paris	London*)	New York
	19. 4.	19. 4.	16. 4.	16. 4.	19. 4.
Amsterdam, 100 fl.	75,—	—	615,—	10,65	—
Berlin, 100 M.	390,—	108,75	27,—	231,50	1,59
Kopenhagen, 100 Kr.	38,75	—	315,—	—	—
London, 1 £	—	—	65,63	—	3,91,87 1/2 fr.
New York, 1 \$	—	—	1624,60	—	—
Paris, 100 fr.	—	—	—	66,13	16,05
Wien, 100 K.	—	30,—	—	—	—
Zürich, 100 fr.	37,—	—	297,—	—	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländischen Einheiten für 1 £.

Abweichungen von der Münzparität in:

	20. 4.	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
Reichsmark.	—92,32	—92,63	—88,75	—91,28	+233,—	—
Dt.-öster. Krone	—97,28	—97,43	—	—	—	—
Französ. Frank.	—63,75	—64,25	—48,96	—61,11	—	—
Pfund Sterling	—11,81	—12,57	+23,89	—1,76	—	—
Dollar	+ 8,53	+ 7,14	+53,35	+28,86	—	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	6. 4.	14. 4.
Alexandrien	97 7/16 pari	97 7/16 pari
Bombay/Kalkutta	2 s 4 1/4 d—2 s 4 1/2 d	2 s 3 1/16 d—2 s 3 13/16 d
Hongkong	4 s 11 d	4 s 7 1/2 d
Schanghai	7 s 1 d—7 s 3 d	6 s 4 d—6 s 10 d
Singapore	2 s 3 3/4 d—2 s 4 d	2 s 3 3/4 d—2 s 4 d
Yokohama	2 s 4 1/4 d—2 s 4 1/2 d	2 s 5 1/4 d—2 s 5 1/4 d
Montevideo T.T.	—	60 1/4 d—60 3/4 d
Rio de Janeiro	16 d	16 3/8 d
Buenos Aires T.T.	58 1/2 d—59 1/2 d	59 1/2 d—60 3/8 d
Valparaiso 90 T.	—	137 3/32 d

Geldverfassung und Währungspolitik

Die Neuordnung des Prager Devisenverkehrs wird am 1. 5. in Kraft treten. Der Handel mit hochwertigen Valuten bleibt auch weiterhin stark beschränkt, während der Handel mit minderwertigen Valuten beinahe frei sein wird. Minderwertige Valuten sind: Deutsch-österreichische Kronen, ungarische Kronen, rumänische Lei und bulgarische Lewa. Deutsche Reichsmark wird als gute Valuta behandelt. Die minderwertigen Valuten werden zum Zwecke der Bezahlung der Einfuhr oder anderweitiger Verpflichtungen durch Bankvermittlung an der Börse angekauft werden können. Wahrscheinlich wird auch in diesem Falle die tatsächlich erfolgte Einfuhr nachgewiesen werden müssen. Eine grundlegende Neuerung wird dahin eintreten, daß die Kurse nicht mehr von der Devisenzentrale festgesetzt werden, sondern von der Börse. Auch die Zuweisung der Valuten wird nicht mehr durch ein staatliches Amt erfolgen. Die übrigen Funktionen der Devisenzentrale werden vom Bankamt des Finanzministeriums zu versehen sein; so z. B. die Kontrolle der Verwendung hochwertiger Valuta. Doch wird auch diese auf Grund des Börsenkurses durch die Banken zugeteilt werden. Die durch Export gewonnene Valuta ist auch weiterhin abzuführen; daher kommen für die Zuteilung nur solche Banken in Betracht, die Auslandsverbindungen bzw. Auslandsguthaben besitzen (das sind mit geringen Ausnahmen deutsche Institute). Zum Valutahandel an der Börse werden nur Banken zugelassen werden, deren Aktienkapital mehr als 10 Mill. K. beträgt. („Hamburgische Börsen-Halle“ Nr. 185 v. 13. 4. 20.)

Ein offizieller Amsterdamer Börsenbericht bemerkt, es scheine, daß die Besserung der Markvaluta nicht nur mit der Unterdrückung des Arbeiterausstandes im Industriegebiet zusammenhänge, sondern auch mit der Bildung einer kräftigen finanziellen Kombination, an der u. a. Lloyds Bank, Joint City and Midland Bank sowie die Firmen Rothschild und Schröder & Co. in London beteiligt seien. Diese Kombination beabsichtige, die industriellen und wirtschaftlichen Faktoren in den zentralen Ländern Europas so bald wie möglich zu neuem Leben zu erwecken. („Frankf. Ztg.“, Nr. 562 v. 10. 4. 20.)

Wie außerordentlich die französische Valuta gelitten hat, zeigt folgender Vergleich: — Es notierten in Paris

	Parität	Anf. Jan.	1. 3.	1. 4.	12. 4.
Deutschland.. M	123,30	22,—	14,25	21,50	35,—
London..... £	25,22	40,97	48,51 ^{1/2}	57,67 ^{1/2}	70,—
Spanien.. Pesetas	100,—	206,—	246,50	251,—	300,—
Holland..... fl	208,30	405,—	523,—	549,—	617,—
Italien..... Lire	100,—	81,75	77,25	71,50	64,50
New York.... \$	5,18	10,81	14,03 ^{1/4}	14,73 ^{1/2}	16,97
Schweiz..... fr	100,—	192,50	231,—	261,25	309,—

Die polnische Regierung hat zur Vornahme der Notestempelung auf 10 Tage die Grenze gesperrt. Von den zur Stempelung eingereichten Notenbeträgen werden Beträge über 15 000 polnische M zurückbehalten. („Deutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 158 v. 7. 4. 20.)

Staatsanleihen

Bei den Haager Verhandlungen wegen eines regierungsseitigen 25 Mill. fl Kredites für Deutschland handelt es sich um die Finanzierung von Lebensmittelverkäufen holländischer Handelshäuser an Deutschland. Die Unterlagen würden in Reichsschatzwechseln bestehen, die Tilgung sich eventuell auf mehrere Jahre erstrecken. Zurzeit verhandeln die Reichsstellen für Fette usw. wegen der geschäftlichen Einzelheiten. Das Kreditabkommen würde als ein Notbehelf zu betrachten sein für den Fall, daß es nicht gelingt, den Widerspruch gegen die ursprünglich geplanten Kohlenlieferungen zu beseitigen und damit den ursprünglich vereinbarten großen Lebensmittelkredit von 60 Mill., zuzüglich des Rohstoffkredits

von 140 Mill. holl. fl zustande zu bringen. („Frankf. Zeitung“, Nr. 262 v. 10. 4. 20.)

In Bundeskreisen wird nunmehr ernstlich die Aufnahme einer eidgenössischen Anleihe in Amerika erwogen. Die Eidgenossenschaft hat, wie verlautet, ein Geldbedürfnis von 100—150 Mill. fr. Man nimmt an, daß die Zinssätze noch steigen, weshalb die Bundesbehörden mit der Geldbeschaffung nicht länger warten wollen. Das Geld wird auf mindestens 7 % zu stehen kommen. („Frankfurter Zeitung“, Nr. 271 v. 14. 4. 20.)

Es schweben Verhandlungen zwischen der englischen und belgischen Regierung über eine Anleihe von 125 Mill. fr, die zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Belgiens bestimmt ist. („Deutsche Allgem. Zeitung“, Nr. 149 v. 31. 3. 20.)

Norwegen gibt zwei neue Anleihen heraus zur Fundierung seiner schwebenden Schuld von 400 Mill. Kr. Beide sollen zu 6 % verzinst werden, die eine in 5 Jahren, die andere in 50 Jahren zurückzahlbar sein. („Frankfurter Zeitung“, Nr. 244 v. 31. 3. 20.)

Seit 1813 und selbst in den kritischen Kriegstagen von 1917 haben die englischen Konsols keinen derartigen Kurstiefstand wie gegenwärtig erreicht, wie aus folgender Zusammenstellung hervorgeht:

Jahrzehnt	Höchst-kurs	Tief-stand	Jahrzehnt bzw. Jahr	Höchst-kurs	Tief-stand	Jahr	Höchst-kurs	Tief-stand
1813/22	84 ^{1/4}	53 ^{1/4}	1839/92	103 ^{3/4}	93 ^{1/4}	1917	56 ^{1/4}	51 ^{1/4}
1823/32	97 ^{7/8}	72	1893/02	113 ^{1/4}	91	1918	62 ^{3/4}	53 ^{3/8}
1833/42	95 ^{1/4}	84 ^{1/4}	1907/12	93 ^{3/8}	72 ^{3/8}	1919	59 ^{7/8}	50
1843/52	102	73 ^{3/4}	1913	75 ^{3/8}	71 ^{1/16}	1920	51 ^{7/8}	45 ^{1/4}
1853/62	101	85 ^{1/2}	1914	77 ^{3/4}	68	1. Vierteljahr		
1863/72	96 ^{3/4}	86 ^{1/4}	1915	60 ^{3/8}	57			
1873/82	103	83	1916	60	54			

(„Frankfurter Zeitung“, Nr. 242 v. 30. 3.)

Die 6. italienische Friedensanleihe, deren Zeichnungstermin mit dem 15. 3. abgeschlossen wurde, hat annähernd 20 Milliarden Lire ergeben, wovon 7 Milliarden in bar und gleichwertigen Papieren bezahlt wurden. Im Inlande sollen etwa 17,650 Milliarden Lire, im Auslande 1^{1/2} Milliarden gezeichnet worden sein. Die Zeichnungen bei den Versicherungsanstalten betragen ungefähr 100 Mill. Lire. („Industrie- und Handelszeitung“, Nr. 71 v. 4. 4. 20.)

Jahresergebnisse deutscher Aktiengesellschaften 1919 bzw. 1919/1920

Namen Ort	Rechnungs- jahr endend	Aktien- Kapital	Vorrechts- Anleihen	Hypotheken	Gesetzliche u. Spezial- Reserve	Sonstige Rücklagen u. Vortrag	Abschreibungen		Reinvermögen (nach Abschreibungen) in 1000 M.	Rentabilität: (7+8) in % v. Spalte 3—6	Dividenden				
							Summe in 1000 M.	in % vom Wert			1919 1920	1918 1919	1917 1918	1916 1917	1915 1916
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Cuxhav. Hochseefischerei A.-G., Cuxhaven	30/6	5 000	—	1 253	955	6	2,00	849	11,80	—	10	14	14	15	
Dt. Dampffisch.-Ges. Nordsee, Nordenham	30/6	5 000	900	684	908	319	5,72	642	8,57	—	14	14	14	12	
Aktiengesellschaft Ilseder Hütte.....	31/12	15 000	4 700	1 500	4 948	4 230	12,62	8 105	53,46	50	32	36	36	33 ^{1/2}	
Arenberg'sche A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Essen	31/12	14 400	29 194	6 575	36	2 302	4,79	2 372	8,88	22 ^{1/2}	15	25	22	17	
Essener Bergw.-Verein König Wilhelm..	31/12	8 500	11 108	3 001	1 627	1 833	8,10	2 127	14,94	St. 12 V. 17	12 17	20 25	20 25	12 17	
Hannoversche Kaliwerke A.-G., Berlin..	31/12	6 000	—	201	?	—	—	2 443	50,—	V. 5	1)	—	—	—	
Kaliwerke Friedrichshall A.-G., Sehnde.	31/12	6 250	2 407	441	1 634	782	12,29	1 271	11,85	16	16	10	6	0	
Kaliwerke Krügershall A.-G., Halle	31/12	8 000	4 352	658	963	2 713	4,84	4 890	54,30	25	12	12	8	4	
Dt. Ton- u. Steinzeugw. A.-G., Charlottenbg.	31/12	10 000	609	1 700	367	139	2,92	1 577	12,44	14	11	14	11	9	
Portland-Cementfabrik „Germania“ A.-G., Hannover	31/12	7 375	4 163	479	27	954	10,94	1 325	11,—	St. 6 V. 12	2 8	2 8	0 0	0 0	
Aktiengesellsch. Peiner Walzwerk, Peine	30/6	6 000	—	4 600	1 759	1 000	21,29	974	7,85	2)	—	—	—	—	
C. Heckmann A.-G., Duisburg (Metall) ..	30/9	10 000	3 767	914	320	289	5,37	*) 223	—	0	8	13	15	13	
Union Gießerei, Königsberg	31/12	5 610	—	545	341	617	6,89	1 639	34,73	?	6	28	15	10	
Hansa-Lloyd-Werke, A.-G., Bremen	31/12	20 000	8 663	4 000	?	2 985	23,54	3 275	11,56	10	10	12	12	12	
Julius Pintsch, A.-G., Berlin (Elektrizität)	31/12	18 000	5 182	1 800	3 433	1 135	13,63	2 953	14,80	15	10	14	10	8	
Atlas-Werke, A.-G., Bremen	31/12	7 500	2 850	1 200	18	1 526	21,55	1 703	27,92	14	14	14	10	8 ^{1/2}	
Blohm & Voß, Kommandit-Ges. auf Akt..	30/6	20 000	3 686	3 000	1 258	6 500	15,98	2 408	8,62	—	5	7	6	6	
Elektrizitäts-Lieferungs-Ges., Berlin	31/12	30 000	27 335	8 607	9 313	516	1,79	3 906	5,87	12	6	6	10	10	
Elektr. Licht- u. Kraftanlage A.-G., Berlin.	30/9	30 000	35 451	3 000	425	—	—	110	0,16	—	0	0	5	5	
Polyphonwerke, A.-G., Wahren	31/12	7 000	2 758	1 155	263	496	15,16	1 735	19,94	20	16	20	8	0	
A.-G. für chemische Produkte, vormals H. Scheidemandel, Berlin	30/9	11 000	246	1 100	3 963	—	—	4 153	24,47	—	30	15	20	12	
A.-G. Lignose, Berlin	31/12	12 000	490	3 362	1 369	321	5,41	793	6,47	12	6	25	25	25	

1) Ferner Nachzahlung von 5 % Dividende auf Vorzugsaktien für 1907/16. 2) Der Gewinn fließt der Ilseder Hütte zu, eine Deklaration findet nicht statt. *) Verlust.

Namen Ort	Rechnungs- jahr endend	Aktien- Kapital				Abschreibungen		Reingewinn (nach Abschreibungen) in 1000 M.	Rentabilität: (7+8) in % v. Spalte 3—6	Dividenden				
		Vortrags- Anleihen Hypotheken	Gesetzliche u. Spezial- Reserve	Sonstige Rücklagen u. Vortrag	Summe in 1000 M.	in % vom Wert	1919 19/20			1918 18/19	1917 17/18	1916 16/17	1915 15/16	
														in 1000 M.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Chem. Werke, vm. H. & E. Albert, Amönebg.	31/12	10 000	—	3 634	4 380	—	—	3 551	19,71	30	30	30	30	28
„Union“, Fabrik chem. Prod., Stettin ...	30/9	8 400	—	2 200	1 782	395	14,90	*) 1 285	—	—	7	7	7	10
Ver. Glanzstoff-Fabriken, A.-G., Elberfeld	31/12	15 000	—	8 575	1 350	2 102	—	3 809	23,71	20	20	20	16	30
Neue Baumwoll-Spinnerei u. Weberei, Hof	31/12	6 000	474	1 414	8 936	189	1,84	1 475	9,89	40	24	24	20	20
A.-G. f. Zellst.-u. Papierfabr., Aschaffenburg	31/12	12 000	5 972	1 200	6 701	3 000	31,10	6 362	24,60	25	25	12	8	0
Ges. für Brauerei, Spiritus- u. Presshefe- Fabrikation, vm. G. Sinner, Karlsruhe.	31/12	8 000	3 149	3 882	1 724	650	5,93	1 987	11,86	St. 12 V. 5 1/2	12 5 1/2	6 5 1/2	15 5 1/2	12 5 1/2
Braunschweigische Privatbank, A.-G. ...	31/12	6 000	—	1 250	467	—	—	895	11,73	8	7 1/2	7 1/2	7	6 1/2
Chemnitzer Bankverein, Chemnitz ...	31/12	15 000	—	4 000	1 500	—	—	2 035	9,92	9	8	8	6	5
Holsten-Bank, Neumünster	31/12	7 500	—	1 600	630	60	10,71	1 383	14,20	10	8	8	6 1/2	5
Norddeutsche Bank in Hamburg	31/12	60 000	—	20 000	—	—	—	6 815	8,52	10	8	10	10	8 1/2
Nordd. Grund-Credit-Bank, Weimar	31/12	7 500	600	1 319	888	6	0,72	668	6,48	6	6	6	6	6
Plauener Bank, A.-G.	31/12	6 000	—	1 350	213	—	—	718	9,49	10	7	7	6	5
Thüringische Landesbank, A.-G.	31/12	9 000	78	1 850	109	10	1,03	1 062	9,62	9	9	9	9	9
Deutsche Hypothekenbank A.-G., Berlin.	31/12	18 000	3)	5 700	3 896	—	—	1 872	6,78	7 1/2	7 1/2	7 1/2	7	7
Deutsche Hypothekenbank, Meiningen	31/12	31 500	4)	7 350	8 351	—	—	3 192	6,76	7 1/2	7 1/2	7 1/2	7	7
Hypothekenbank in Hamburg	31/12	36 000	5)	17 933	3 983	—	—	5 005	8,64	10	10	10	9	8
Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshaf.	31/12	19 000	6)	17 220	7 246	—	—	2 432	5,55	9	9	9	9	9
Preussische Boden-Credit-Act.-Bk., Berlin.	31/12	30 000	7)	10 185	5 174	—	—	3 308	7,29	7 1/2	7	7	7	7
Rheinische Hypotheken-Bank, Mannheim	31/12	27 500	8)	14 200	23 919	—	—	3 457	5,27	9	9	9	9	9
Heilmann'sche Immob.-Ges. A.-G., Münch.	31/12	6 600	10 110	1 302	1 459	—	—	554	28,45	20	0	0	0	0
Ges. f. elektr. Hoch- u. Untergrundb., Berlin	31/12	80 000	87 112	3 047	20 045	2 376	1,32	4 542	2,39	5 1/2	5	5	5	5
Danziger Elektrische Straßenbahn A.-G.	31/12	5 000	3 067	260	3 478	667	5,75	391	3,31	7	7	7	7	6
Dampfschiffahrtsges. „Argo“, Bremen ...	31/12	11 000	2 249	1 525	5 807	455	5,10	3 860	18,75	30	6	9)	9)	9)
Dampfschiffahrtsges. „Neptun“, Bremen	31/12	5 000	520	3 226	9 968	—	—	5 994	32,30	25	20	10	0	0
Schlesische Dampfer Compagnie-Berliner Lloyd A.-G., Breslau	31/12	7 000	762	455	567	661	9,93	1 387	23,32	12	7 1/2	0	6	0

*) Verlust. 3) Hypothekenpfandbriefe und Kommunalobligationen 298 273 100 M. im Umlauf. 4) Pfandbriefe 560 653 900 M. im Umlauf. 5) Hypothekenpfandbriefe 344 565 200 M. im Umlauf. 6) Hypothekenpfandbriefe und Kommunalobligationen 469 689 100 M. im Umlauf. 7) Pfandbriefe und Kommunalobligationen 420 349 400 M. im Umlauf. 8) Pfandbriefe und Kommunalobligationen 616 045 200 M. im Umlauf. 9) Dividende 1914/17 zusammen 24 %.

Bei den Gesellschaften, von denen wir keine Jahresabrechnung erhalten haben, sind die Angaben wie solche im Reichsanzeiger veröffentlicht wurden gebracht und ist daher die Verteilung des Reingewinnes nicht zu ersehen. Wir ersuchen daher alle Aktiengesellschaften um Zusendung der Jahresabrechnungen.
Fab. Landau

Schifffahrt und Schiffbau

Frankreich

Gegen die Verstaatlichung der französischen Schifffahrt.

Im „Le Sémaphore de Marseille“ untersucht Georges Ripert das Für und Wider der Verstaatlichung der französischen Handelsflotte und kommt, wie auch bereits in seinen früheren Untersuchungen über diesen Gegenstand, zu dem Schlusse, daß die Verstaatlichung keinen Nutzen, sondern schwere Nachteile für Frankreich bringen würde. Veranlaßt zu dieser neuen Erörterung fühlt er sich durch den gänzlichen Mangel an Initiative, der gegenwärtig in französischen Schifffahrtskreisen herrscht und der hervorgerufen wird eben durch die Unklarheit dieser so wichtigen Frage. Tatsache ist, daß der Staat heute der größte Reeder Frankreichs ist. Er besitzt 800 000 t, die sich in der Hauptsache aus deutschen Schiffen zusammensetzen, von denen eine Anzahl allerdings sehr mangelhafter Qualität ist und von denen er etwa 500 000 t hartnäckig gegen die Ansprüche der Alliierten Frankreichs verteidigen muß. Außerdem ist eine ganze Reihe staatlicher Aufträge auf Neubauten erteilt worden, die allerdings, wie an dieser Stelle bereits erwähnt wurde, mit ihrer Ausführung noch einige Zeit warten lassen werden. Es gelingt dem Staat nicht, seine Schiffe gebührend auszunutzen. Er wartet sehr auf den Zeitpunkt, wo die ganze französische Handelsflotte ihm in die Hand gegeben wird.

Der private französische Reeder benutzt die augenblicklich günstige Lage, um aus seinen Schiffen herauszuholen, was herauszuholen ist. Er wird aber gelähmt in dem Weiterausbau seiner Flotte durch die Befürchtung, daß eines Tages der Staat ihm die ganzen Früchte seiner Arbeit nehmen könnte. „Staat und Reederei sind so weit gekommen, daß sie sich wie zwei feindliche Mächte gegenüberstehen.“ Aus diesem ungünstigen Zustand heraus sucht Ripert einen Ausweg, der sowohl den Anhängern der Freiheit, wie denen der Verstaatlichung gerecht werden will. Den ersteren wirft er vor, daß sie in früheren Zeiten, als die Reederei darniederlag, stets die Hilfe des Staates gefordert hätten, daß sie allerdings jetzt in der günstigen Zeit

ohne den Staat auszukommen meinten, daß sie aber doch über kurz oder lang, wenn die Lasten der hohen Kosten für Neubauten sie drücken und die Frachten niedriger geworden sein würden, die Hilfe des Staates von neuem anrufen würden. Frankreich sei kein Land, in dem Reederei sich unabhängig von Handel und Industrie entwickeln könne, wie etwa in früheren Jahren in England, Holland, Norwegen und Griechenland. Auch in England sei heute die Linienreederei nicht unabhängig von Staatshilfe und das Beispiel Deutschlands zeige, daß eine große Handelsflotte sich nur entwickeln könne Hand in Hand mit dem nationalen Handel und der nationalen Industrie. Für die Reederei vollständige Freiheit zu verlangen, heiße vom Staat erwarten, daß er sich an dem nationalen Wirtschaftsleben vollkommen desinteressiere. Es sei aber gerade im staatlichen Interesse, daß dieser Wirtschaftszweig blühe, vor allem für ein Land mit so ausgedehntem Kolonialbesitz wie Frankreich. Man könne nicht verlangen, daß ein Staat für einen so wichtigen Zweig der Wirtschaft nur dann einspränge, wenn es gelte Verluste zu decken.

Andererseits aber seien die Berichte von den großen Gewinnen, die der Staat aus seiner Flotte bisher gezogen habe, durchaus unklar. Der Staat sei bürokratisch und Beamte sind nur geeignet, zu überwachen und zu kontrollieren, aber nicht selbstständig zu disponieren. Außerdem sei ein Staatsbetrieb eo ipso gezwungen, monopolartig zu wirken, was mit dem internationalen Charakter der Schifffahrt in Widerspruch stünde, so daß ein solcher Staatsbetrieb absolut allen unmöglich erscheinen müsse. Die private Reederei sei in der Lage, allein ihren Aufgaben gerecht zu werden. Nur wenn sie das nicht könne, wäre der Staat verpflichtet die Handelschifffahrt selbst in die Hand zu nehmen. In diesem Augenblick, wo alle Kräfte im Lande bestrebt seien, aus den Trümmern etwas neues aufzubauen, würde der Staat als Reeder die Schifffahrt lähmen und die öffentlichen Finanzen in ein Abenteuer stürzen, welches in jeder Beziehung gefährlich sein würde.

P. W.

Vereinigte Staaten

Betriebsergebnisse der amerikanischen Regierungsflotte.

Nach einem ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Schiffsamtes, den der nunmehr zurückgetretene Leiter des Amtes Mr. Barton Payne kürzlich dem Committee on Commerce des Senats unterbreitete, hat der Reingewinn, den die Regierung bis Ende des letzten Fiskaljahres (30. 6. 19) aus dem Betrieb ihrer gewaltigen Flotte gezogen hat, nicht mehr als 166 1/2 Mill. \$ betragen. Dieses geringe Ergebnis, für das indessen die amerikanische Presse noch den Ausdruck „handsome profit“ findet, ist nicht gerade angetan, die Reihenderer, die in Amerika die Beibehaltung einer Staatsflotte und eines staatlichen Reedereibetriebes vertreten, zu verstärken. Chairman Payne fügt denn auch seiner Abrechnung die Erklärung hinzu, daß die Schiffe zwar Gewinn gebracht hätten, aber nicht in einem Umfange, der gute Aussichten für die Zukunft verheißt. Er, der zu Anfang seiner Amtsperiode sich für die möglichst lange Beibehaltung des Staatsbetriebes in der Schifffahrt aussprach, hielt nicht mit der Erklärung zurück, daß er die Überzeugung gewonnen habe, die amerikanische Handelsschifffahrt könne nur auf der Grundlage des privaten Reedereibetriebes Dauer und Erfolg verheißt. Er empfahl der Regierung, ihre Schiffe so schnell wie möglich den Privatreedern zu überlassen und aus dem Schifffahrtsgeschäft herauszubleiben. A. K.

Schwab nennt den fabrikmäßigen Massenbau von Schiffen einen Fehlschlag des amerikanischen Schiffbaus. Daß nicht nur der während des Krieges betriebene Bau hölzerner Schiffe ein Mißerfolg des amerikanischen Schiffbaus gewesen ist, sondern daß auch der Gedanke des fabrikmäßigen Massenbaus von Schiffen, so vielversprechend er in der Theorie aussah, sich in der Praxis als verfehlt erwiesen hat, ist das neueste Bekenntnis, mit dem Mr. Charles M. Schwab, der ehemalige Leiter der Emergency Fleet Corporation, die amerikanische Öffentlichkeit überrascht. Er zerstört damit den Nimbus einer bisher stets in den höchsten Tönen gepriesenen Kriegsleistung amerikanischer Technik, auf die man drüben besonders stolz zu sein pflegte. Den Anlaß zu dieser sensationellen Auslassung gab ihm der Streit der Meinungen über das weitere Schicksal der staatlichen Riesenwerft auf Hog Island bei Philadelphia, die einige dem Schiffbau erhalten, andere in einen großen Umschlagplatz umwandeln wollen.

„Der Gedanke, auf den sich das riesige Unternehmen gründete“, sagt Mr. Schwab, „war verfehlt. Der Betrieb war zu groß, es machten sich manche hemmende Faktoren geltend, lange Frachtzüge mußten die Schiffseinzelteile von weit verstreuten Werken heranschieben, ungeheure Lagerhäuser waren nötig, in denen das Material durcheinander geriet. Auf dem Papier nahm sich das „fabrizierte“ Schiff mit seinen vielen, bis auf das Zusammennieten fertigen Einzelteilen vortrefflich aus, aber in Wirklichkeit war es nichts damit. Es war einer jener Träume, die im kalten hellen Licht des Morgens verblasen.“

Als ich die Aufgaben, zu der man mich berufen hatte, übernahm, erkannte ich diese Wahrheit sehr bald und ich bemühte mich, den Betrieb in verschiedene Abteilungen, von denen jede nur einige wenige Hellinge umfaßte, zu zerlegen. Ich gab jeder ihr besonderes Materiallager und ihre besondere Maschinenwerkstatt, ich schaltete manche störenden Faktoren aus, aber andere blieben. Ich konnte die Grundidee des fabrikmäßigen Massenbaus, auf den die Werft eingestellt war, nicht ändern, sondern mußte mich mit ihr abfinden, obwohl mir bekannt war, daß sich Schiffe besser und billiger nach der alten Methode bauen ließen. Ich wußte, daß Hog Island ein industrieller Irrtum war, aber es war meine Pflicht darüber zu schweigen, und ich tat es „in order to beat the Kaiser“.

Ich glaube nicht, daß Hog Island als Werft ohne tiefgreifende Umgestaltungen, die ungeheures Geld kosten würden, weiter bestehen kann. Ihre weitere Verwendung wird ein tiefgreifendes Studium erfordern.“

In den Kreisen der amerikanischen Schiffbauer hat dieses Bekenntnis des Vorsitzenden der Bethlehem Steel Corporation, der als der frühere Leiter der Fleet Corporation über genaue Sachkenntnis verfügt und dessen Energie und Organisationstalent die Kriegsentwicklung der amerikanischen Schiffbauindustrie außerordentlich gefördert hat, teils Zustimmung, teils Ablehnung gefunden. Scharfe Angriffe richtet insbesondere der Präsident der amerikanischen International Shipbuilding Co., Mr. Matthew C. Brush, gegen Schwab. Er

wendet sich heftig gegen die „großen Männer, die unrichtig, töricht und unfair die Unternehmungen der Regierung kritisierten“ und weist darauf hin, daß Hog Island bis zum 31. 3. 20 in 273 Arbeitstagen durchschnittlich täglich 2195 t dw zu Wasser gelassen und 2107 t dw abgeliefert habe. Alle 3⁸/₁₀ Tage sei durchschnittlich ein Schiff vom Stapel gegangen und alle 3⁷/₁₀ Tage eins abgeliefert worden. Die von der Hog Island-Werft gelieferte Bautonnage mache etwa 20 % der Gesamttonnage an Stahlschiffen aus, die auf allen Werften des Landes im Zeitraum vom 5. 8. 18 bis 31. 3. 20 gebaut seien. 183 Frachtdampfer, die Hog Island dem Schiffsamt geliefert habe, haben vom amerikanischen Bureau of Shipping und den Inspektoren des Schiffsamtes die höchste Klasse erhalten, 50 der größten Schiffe ebenfalls vom britischen Lloyd, und die bisherige Tätigkeit der Hog Island-Schiffe beweise, daß die fabricated ships wohl imstande wären, den an sie gestellten Anforderungen zu genügen. A. K.

Verteilung der amerikanischen Regierungsschiffe auf die Privatreederei. Von den am 1. Februar vom Schiffsamt kontrollierten 1337 Schiffen mit 8 383 000 t dw waren 1179 in Betrieb. Sie waren 158 Privatreedereien übergeben; darunter hatten 79 New Yorker Firmen allein 760 Schiffe überwiesen erhalten. Das Schiffsamt betrachtet im allgemeinen 25 000 t dw als die Mindesttonnage und 350 000 t dw als die Höchsttonnage, die es einer einzelnen Reederfirma überweist. A. K.

Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Schiffe. Wie außerordentlich ungünstig die künftigen Wettbewerbsaussichten der amerikanischen Schiffe durch die hohen Kaufpreise beeinflusst werden, die das Schiffsamt für seine Schiffe von den Privatreedern fordert, zeigt Mr. H. H. Raymond, der Präsident des amerikanischen Reederverbandes, durch eine Gegenüberstellung der Kosten, die sich für den britischen und den amerikanischen Besitzer eines 10 000 t-Dampfers aus der Verschiedenheit ihres Anlagekapitals (des Dampferkaufpreises) ergeben. Während der amerikanische Reeder genötigt ist, für sein Schiff den vom Schiffsamt geforderten Preis von 220 \$ pro t dw anzulegen, zahlt der englische Reeder für das ihm von der Regierung überwiesene Schiff nur etwa 100 \$ pro t dw, also weniger als die Hälfte. Für einen 10 000 t-Dampfer ergeben sich daraus folgende Verschiedenheiten:

	britisch. 10 000 t-Dampf.	amerik. 10 000 t-Dampf.
Kaufpreis	1 000 000 \$	2 200 000 \$
Assekuranz 3 %	30 000 \$	66 000 \$
Abschreibung 5 %	50 000 „	110 000 „
5 % Zinsen auf das investierte Kapital	50 000 „	110 000 „
Zusammen	130 000 \$	286 000 \$

Die Mehrkosten des amerikanischen Reeders, die aus dem höheren Anlagekapital erwachsen, stellen sich demnach pro Jahr auf 156 000 \$, mit anderen Worten, er hat nach dem Anlagekapital des britischen Reeders gemessen, jährlich an Assekuranz, Abschreibung und Verzinsung 15,6 % mehr in Rechnung zu stellen als sein britischer Konkurrent.

Dieser Faktor ist von erheblich größerer Bedeutung als die Wirkung des Unterschiedes, der zwischen den Löhnen der Besatzungen amerikanischer und britischer Schiffe besteht. Dieser Unterschied wird wahrscheinlich nur einen Mehraufwand des amerikanischen Reeders von 12–15 000 \$ im Jahre erfordern, der sich vermutlich künftig noch verringern wird, da die britischen Löhne die Tendenz aufweisen, sich den amerikanischen anzugleichen. A. K.

Brasilien

Einwanderung in Brasilien. Einer Aufstellung der brasilianischen Einwanderungsbehörde zufolge sind während der Kriegsjahre in Brasilien eingewandert:

1914.....	82 572 Personen	1916.....	34 002 Personen
1915.....	32 206 „	1917.....	31 192 „

Neue Zahlen sind nicht verfügbar, doch nimmt man an, daß die beiden letzten Jahre dem Lande mehr Einwanderer, als 1917 eintrafen, gebracht haben. In der brasilianischen Einwandererstatistik brachte das Jahr 1891 mit 216 760 Immigranten den Rekord. In den letzten dreißig Jahren wurden etwa vier Siebtel der brasilianischen Einwanderung von Portugal, ein Sechstel von Italien gestellt. Dann folgten Spanier, Russen, Österreicher, Deutsche, Franzosen, Engländer, Belgier und Schweizer. A. K.